

## Liberale Friedensforschung. Peter Menke-Glückert, die FDP und der Wandel des Friedensbegriffs im Kalten Krieg

1966 veröffentlichte Peter Menke-Glückert, Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung, den Beitrag „Planziel Frieden“ in der Zeitschrift „liberal“. Angesichts der atomaren Hochrüstung im Kalten Krieg sei Frieden, so Menke-Glückert, „heute ein Zustand des Fast-Krieges, ein Zustand des labilen – jede Sekunde bedrohten – Gleichgewichts des Schreckens.“ Es brauche daher die „neue Disziplin“ Friedensforschung, die „alle Möglichkeiten der Wissenschaft und des technischen Fortschritts für Modelle, Pläne, Strategien“ ausnütze, um bessere Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen.<sup>1</sup>

Menke-Glückert warb in der liberalen Öffentlichkeit für das neue wissenschaftliche Feld der Friedensforschung, das sich im Schatten der atomaren Hochrüstung des Kalten Krieges formierte.<sup>2</sup> Die Friedensforschung speiste sich aus unterschiedlichen Disziplinen, verschiedenen methodischen Zugängen und Ordnungsvorstellungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.<sup>3</sup> Grundsätzlich aber war sie normativ und anwendungsorientiert angelegt: Sie widmete sich dem *Wert* des Friedens und dessen *Ermöglichung*, und damit generierte sie nicht nur normativ aufgeladenes Wissen, sondern verstand sich als engagierte, „wirklichkeitsverändernde“ Wissenschaft, die mit der Politik verkoppelt war.<sup>4</sup> Die Geschichte der deutschen Friedensfor-

- 1 Peter Menke-Glückert: Planziel Frieden. In: liberal 8 (1966), S. 745-759, hier S. 747, 745, 749. Ich danke dem Archiv des Liberalismus für Recherchen in den Beständen, Klaus Gottstein (München) für den Einblick in sein Privatarchiv und Jost Dülffer (Köln) sowie Agnes Bresselau von Bressendorf (Berlin) für die kritische Durchsicht des Beitrags.
- 2 Zum „wissenschaftlichen Feld“ und seiner Prägung durch wissenschaftliche Konkurrenz Pierre Bourdieu: The Specificity of the Scientific Field and the Social Conditions of the Progress of Reason. In: Social Science Information 14 (1975), S. 19-47.
- 3 Im Folgenden wird aus Gründen der Lesbarkeit das generische Maskulinum gesetzt.
- 4 Karl Kaiser: Friedensforschung in der Bundesrepublik. Gegenstand und Aufgaben der Friedensforschung, ihre Lage in der Bundesrepublik sowie Möglichkeiten und Probleme ihrer Förderung. Studie im Auftrag der Volkswagenstiftung. Göttingen 1970, S. 60; vgl. Thorsten Bonacker: Forschung für oder Forschung über den Frieden? Zum Selbstverständnis der Friedens- und Konfliktforschung. In: Peter Schlotter/Simone Wisotzki (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Baden-Baden 2011, S. 46-77; Christoph Weller: Friedens- und Konfliktforschung – Herausforderung für die Internationalen Beziehungen. In: Frank Sauer/Carlo Masala (Hrsg.): Handbuch Internationale Beziehungen. Wiesbaden 2017, S. 551-572.

schung, ihre Verflechtung in internationale Kontexte der Wissensproduktion und ihre Interaktion mit der Ebene des Politischen – die auch die Friedensbewegung einschloss – sind noch weitgehend Desiderate der Forschung.<sup>5</sup> Deshalb geriet bislang auch nicht in den Blick, dass sich die bundesdeutsche Friedensforschung Ende der 1960er Jahre in besonderer Weise unter der Ägide des Liberalismus institutionalisierte. Einen besonderen Anteil daran trug Peter Menke-Glückert. Er betrachtete den Frieden als rational durchdenkbar und planbar, knüpfte damit an ein klassisch liberales Vernunfttheorem an und agierte als Vernetzungsfigur zwischen Wissenschaft und Politik.<sup>6</sup> Dabei bezog er sich nicht nur auf Konzepte der Planung und Verwissenschaftlichung von Politik, die in den 1960er Jahren breit zirkulierten, sondern auch auf entspannungspolitische Überlegungen des Reformflügels innerhalb der FDP; umgekehrt trug die Friedensforschung dazu bei, in der Partei einen neuen, geweiteten Friedensbegriff zu etablieren, der in die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition einfloss. In den 1970er und frühen 1980er Jahren allerdings konfilierten unterschiedliche Denkstile der Friedensforschung vor dem Hintergrund schwierigerer Rahmenbedingungen im Kalten Krieg. Die FDP, in welcher der Linkoliberalismus an Einfluss verlor, orientierte sich in der Debatte um die Nachrüstung verstärkt an der engen Abschreckungslogik, und damit schwand auch ihr Engagement für die Friedensforschung.

Der Beitrag beleuchtet zunächst die Triebkräfte und Strömungen der entstehenden Friedensforschung in den 1950er und 1960er Jahren im transatlantischen Kontext und in der Bundesrepublik (I), analysiert Peter Menke-Glückerts Weg in die Friedensforschung (II), um dann zu erkunden, welchen Beitrag der parteipolitisch organisierte Liberalismus für die Institutionalisierung der bundesdeutschen Friedensforschung besaß und welche Rückwir-

5 Zur Geschichte der Friedensforschung in der Bundesrepublik vgl. Corinna Hauswedell: Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren. Baden-Baden 1997; aus politikwissenschaftlicher Perspektive Ulrike C. Wasmuth: Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung, Selbstverständnis, politischer Kontext. Münster 1998; als Zeitschre Karlheinz Koppe: Zur Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung im 20. Jahrhundert. In: Peter Imbusch (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. Wiesbaden 2010, S. 17–66; zuletzt Christoph Weller/Stefan Böschen: Friedensforschung und Gewalt. Zwischen entgrenzter Gewaltanalyse und epistemischer Gewaltblindheit. In: Zeithistorische Forschungen Online-Ausgabe 15 (2018) 2, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2018/id=5597>; in transnationaler Perspektive The Pugwash Conferences and the Global Cold War: Scientists, Transnational Networks, and the Complexity of Nuclear Histories. In: Journal of Cold War Studies 20 (2018) 1.

6 Überlegungen zu dieser Vernetzung von Wissensformen gründen auch im Austausch mit Stefan Böschen; vgl. Stefan Böschen/Oliver Dimbath: Wissensfiguren. Die akteursabhängige Konstitution und Transformation von Wissensordnungen in modernen Gesellschaften. In: Ulrich Wengenroth (Hrsg.): Grenzen des Wissens – Wissen um Grenzen. Weilerswist 2012, S. 56–89.

kungen dies auf die FDP hatte (III). Ein Ausblick thematisiert FDP und Friedensforschung in der außenpolitischen und wissenschaftlichen Polarisierung der späten 1970er und frühen 1980er Jahre (IV). Damit fokussiert der Beitrag nicht nur die Entstehung der Friedensforschung, sondern den Wandel des liberalen Friedensbegriffs im Kalten Krieg und formuliert die These, dass mit dem nachlassenden liberalen Interesse an der Friedensforschung eine Chance vertan wurde.

## I.

Das Nachdenken über den Frieden ist kein Signum der Moderne. In der Spätaufklärung allerdings – etwa durch Immanuel Kant – gewann die intellektuelle Reflexion über das Wesen des Friedens eine neue Qualität. Im Europa des 19. Jahrhunderts entstanden ein sozialistischer Antimilitarismus, der die Ursache von Kriegen und Aufrüstung in sozioökonomischen Strukturen ausmachte, christlich-pazifistische Gruppierungen wie die Quäker sowie bürgerliche Friedensgruppen, die ein Gegenmodell zum europäischen Imperialismus entwarfen. Dabei waren es vor allem Protagonisten aus dem links-liberalen Bürgertum, die in den 1880er und 1890er Jahren die Friedensgesellschaften trugen. Diese operierten aus einem klassisch liberalen Fortschrittsbewusstsein, das von den Entwicklungsmöglichkeiten des freien Menschen und der Vorstellung eines Prozesscharakters der Geschichte ausging. Ebenso bezogen sie sich auf das Prinzip der Vernunft, das in der Tradition der Aufklärung stand und das gegen die „Dummheit der Kriegsgläubigen“ durchgesetzt werden müsse. Die Friedensgesellschaften drängten auf internationale Regeln der Kriegsführung und der friedlichen Beilegung von Konflikten, und dies floss in die Beschlüsse der Haager Friedenskonferenzen ein.<sup>7</sup> Es war die Erfahrung des Ersten Weltkrieges, aus der nach 1918 eine eigene Wissenschaft von den internationalen Beziehungen hervorging, die sich in erster Linie mit den Bedingungen des Friedens als Verhinderung zwischenstaatlicher Kriege befassen sollte. Diese Wissenschaft stand zunächst im Zeichen eines liberalen Idealismus, der auf den Menschen als vernunftbegabtes Wesen, auf den Freihandel als Modell der Wohlstandsmehrung aller und auf den Grundsatz des Friedens durch Recht setzte. Eine solche liberale

7 A[lfred] H. F[ried]: Vor zwanzig Jahren. Aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens der deutschen Friedensgesellschaft (1892–1912). In: Die Friedenswarte XIV (1912), S. 361–365, hier S. 364; vgl. den Beitrag von Andreas Braune in diesem Band; Andreas Wirsching: Hans-Dietrich Genscher. Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 67–77; Jost Dülffer: Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 in der internationalen Politik. Frankfurt a.M. 1981.

Friedensforschung – wie sie in der Weimarer Republik etwa der Völkerrechtler Walther Schücking repräsentierte – geriet allerdings im Sog des Nationalismus der Zwischenkriegszeit rasch ins Hintertreffen. In den liberalen Parteien wurden Radikalpazifisten wie Ludwig Quidde und Vertreter des liberalen Idealismus zunehmend marginalisiert. In den 1930er Jahren entstand hingegen eine realistische Schule der internationalen Beziehungen, die in den USA konzeptionalisiert wurde, von den Machtinteressen der Staaten ausging und die internationale Politik in erster Linie als Nullsummenspiel verstand.<sup>8</sup>

Ab 1945 besaß die Friedensforschung als wissenschaftliches Feld, das sich genuin mit dem Wesen und der Ermöglichung von Frieden beschäftigte, einen spezifischen Bedingungsrahmen: An ihrer Wurzel lagen der Einsatz der Atomwaffe am Ende des Zweiten Weltkrieges und der atomare Rüstungswettlauf im Kalten Krieg. In den USA entstand eine „Cold War Science“, die sich im binären Denkmodell des Kalten Krieges bewegte und die strategisch-militärische Forschung teilweise in großer Nähe zu den politisch Verantwortlichen mit entwickelte. Das galt für die realistische Schule der Internationalen Beziehungen, die das System der gegenseitigen atomaren Abschreckung und das Gleichgewichtsmodell verwissenschaftlichte. Zudem bildeten sich interdisziplinär arbeitende „Think Tanks“, wie sie die RAND Corporation repräsentierte. „Defense intellectuals“ wie der prominente Physiker Herman Kahn stellten hier Szenarien über den möglichen und gewinnbaren Atomkrieg auf.<sup>9</sup>

Umgekehrt waren die USA auch für die ersten friedenswissenschaftlichen Initiativen nach 1945 wegweisend.<sup>10</sup> Den Ausgangspunkt bildete die Erfahrung der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki durch US-Streitkräfte. Noch im Jahr 1945 gründeten amerikanische Wissenschaftler die „Federation of Atomic Scientists“ (später „Federation of American Scientists“), die auch in ihrem Selbstverständnis als Gruppe der „concerned scientists“ Schule machen sollte. Getragen wurde sie insbesondere von Physikern aus dem „Manhattan Project“, die über die Folgen ihrer eigenen wissenschaftlichen Arbeit reflektierten. Die Federation erklärte es zu ihrer Aufga-

8 Hauswedell: Friedenswissenschaften (wie Anm. 5), S. 31-34; zu Theorien des Friedens im Überblick Nicole Deitelhoff/Michael Zürn: Lehrbuch der Internationalen Beziehungen. München 2016, S. 44-63.

9 Zur „Cold War Science“ u.a. Martin J. Collins: Cold War Laboratory. RAND, the Air Force, and the American state, 1945–1950. Washington, D.C. 2002; Ron Robin: The Making of the Cold War Enemy. Culture and Politics in the Military-Intellectual Complex. Princeton 2001; mit weiteren Literaturhinweisen Elke Seefried: Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980. Berlin [u.a.] 2015.

10 Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 147; so auch die insgesamt wenig ergiebige Arbeit von Katrin Köhl: Denkstilwandel im Kalten Krieg. Nachdenken über Krieg und Frieden und die Entstehung von Friedens- und Konfliktforschung in den amerikanischen und westdeutschen Sozialwissenschaften. Baden-Baden 2005.

be, über die nuklearen Gefahren aufzuklären und Vorschläge für eine internationale Atomkontrollinstanz auszuarbeiten.<sup>11</sup> Darüber hinaus etablierte sich im Feld zwischen Naturwissenschaften und Politikwissenschaften bzw. internationalen Beziehungen eine „Arms Control“-Schule, die im Sinne eines neorealistischen Ansatzes über Rüstungskontrolle innerhalb des Systems der Abschreckung sinnierte. Zugleich nutzten Politikwissenschaftler neue methodisch-theoretische Ansätze wie Kybernetik und Systemanalyse für friedenswissenschaftliche Überlegungen. Der Politikwissenschaftler Karl W. Deutsch, ein emigrierter Deutscher, der in Harvard lehrte, argumentierte im Band „Politische Kybernetik“, ein Gesellschaftssystem könne nur dauerhaft existieren, wenn es systemisch offen sei, also Rückkopplungsprozesse integriere, und dies erfordere auf internationaler Ebene die dauernde politische Kommunikation.<sup>12</sup> Angesichts der amerikanischen Vorreiterrolle ist es nicht überraschend, dass viele Protagonisten der ersten Generation bundesdeutscher Friedensforscher – auch Peter Menke-Glückert – eine amerikanische Studienerfahrung besaßen.

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre entstanden transnationale Initiativen, die sich angesichts der atomaren Bedrohung der Erforschung und der Ermöglichung des Friedens widmen wollten. Mit dem Abschluss der militärischen Blockbildung und dem militärisch-technologischen Gleichgewicht im Kalten Krieg schien sich das fragile System der Abschreckung zunächst durchgesetzt zu haben. 1957 tagten erstmals die „Pugwash Conferences on Science and World Affairs“, deren Mitglieder, zunächst fast durchweg Physiker, Ideen für Abrüstungsvorschläge diskutierten, um so die eigene Verantwortung der Wissenschaft zum Ausdruck zu bringen. Die Pugwash-Bewegung überwand Blockgrenzen, weil ihr auch Wissenschaftler aus den sozialistischen Staaten angehörten. Zugleich „verwestlichte“ sich in den 1950er und 1960er Jahren die keimende Friedensforschung in Westeuropa, etwa in der in London angesiedelten „International Peace Research Association“. Transnationalen Einfluss hatte ferner die Forschung in den skandinavischen Ländern, die sich – wie die Bundesrepublik – an der geographischen Schnittstelle des Kalten Krieges befand und daraus ein besonderes Friedensinteresse ableitete; dazu gehörte das „International Peace Research Institute“ in Oslo mit seinem Direktor Johan Galtung.<sup>13</sup>

11 Vgl. Ulrike Wunderle: Experten im Kalten Krieg. Kriegserfahrungen und Friedenskonzeptionen US-amerikanischer Kernphysiker 1920–1963. Paderborn 2015, S. 191–229; zur USA auch Koppe: Geschichte (wie Anm. 5), S. 19–27.

12 Vgl. Karl W. Deutsch: The Nerves of Government. Models of Political Communication and Control. New York 1963; Ders.: Die Analyse internationaler Beziehungen. Konzeption und Probleme der Friedensforschung. Frankfurt a.M. 1971.

13 Vgl. Lawrence S. Wittner: Resisting the Bomb. A History of the World Nuclear Disarmament Movement. Stanford, Cal. 1997, S. 5–7, 29–37; Katsuya Kodama: International Peace

In der jungen Bundesrepublik herrschten in zweifacher Hinsicht spezifische Bedingungen für eine entstehende Friedensforschung. Zum einen besaß der Pazifismus durch die Erfahrung des Nationalsozialismus und des zerstörerischen Zweiten Weltkriegs eine gewisse Strahlkraft. So begründete sich die Deutsche Friedensgesellschaft 1948 mit über 10.000 Mitgliedern, entstanden neue Organisationen wie die katholische Gruppe Pax Christi und protestierten Eliten wie Innenminister Gustav Heinemann gegen die Wiederbewaffnung. Dennoch löste der westdeutsche NATO-Beitritt keine Massenmobilisierung aus, und dies führt zum anderen Punkt: Die Erfahrung der deutschen Teilung und ein virulenter Antikommunismus in der politischen Kultur trugen dazu bei, dass pazifistische Stimmen in der Ära Adenauer fast mit dem Odium des Verrats behaftet schienen.<sup>14</sup>

In den Denksystemen des Kalten Krieges bewegte sich zunächst auch die wiedererstehende bundesdeutsche Politikwissenschaft, die stark von der angloamerikanischen Forschung beeinflusst war. So entstanden eigene Forschungsinstitute, die im Feld der internationalen Beziehungen beheimatet waren und sich auch Sicherheitsfragen im Atomzeitalter widmeten. Hierzu gehörten das Forschungsinstitut der 1955 geschaffenen Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und das 1966 unter der Leitung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Ebenhausen bei München etablierte Forschungsinstitut für Fragen der internationalen Politik und Sicherheit.<sup>15</sup> Vor dem Hintergrund der einziehenden Entspannungspolitik im Kalten Krieg verstanden führende Protagonisten der Politikwissenschaft Mitte der 1960er Jahre die Friedensforschung als genuinen Teil der politikwissenschaftlichen Unterdisziplin Internationale Beziehungen. Dies galt für Ernst-Otto Czempiel, der 1970 die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) mit begründete, wie für Karl Kaiser, der an der Harvard University bei Henry Kissinger studiert hatte und 1969 eine Professur für Theorie und Soziologie der Politik an der Universität des Saarlandes übernahm.<sup>16</sup>

Auseits der Politikwissenschaft waren es wie in den USA auch in der Bundesrepublik vor allem Atomphysiker, die das Feld der Friedensforschung profilierten. 1957 stellten sich 18 Physikprofessoren und Nobelpreisträger in der öffentlichen „Göttinger Erklärung“ gegen eine mögliche atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Ausgelöst worden war die Erklärung vom unver-

Research Association. In: Nigel Young (Hrsg.): The Oxford International Encyclopedia of Peace. Bd. 2, Oxford 2010, S. 455-457; Pugwash Conferences (wie Anm. 5).

14 Hauswedell: Friedenswissenschaften (wie Anm. 5), S. 42 f.; vgl. Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik. München 2014.

15 Hauswedell: Friedenswissenschaft (wie Anm. 5), S. 52.

16 So Kaiser: Friedensforschung (wie Anm. 4), S. 15; Ernst-Otto Czempiel: Die Entwicklung der Lehre von den internationalen Beziehungen. In: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), S. 270-290, hier S. 274-276; Wasmuth: Geschichte (wie Anm. 5), S. 111-114.

hohlenen Interesse des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß, diese Option für die Bundeswehr zu prüfen, und von Kanzler Konrad Adenauers Äußerung, taktische Atomwaffen seien nur eine Verbesserung der Artillerie. Initiiert vom Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker erklärten die Wissenschaftler, dass keiner der Unterzeichnenden bereit sei, sich an der Herstellung, Erprobung und dem Einsatz solcher Waffen zu beteiligen.<sup>17</sup> Befeuert von der Öffentlichkeitswirksam platzierten „Göttinger Erklärung“, entstand 1957/58 eine bundesrepublikanische Protestbewegung „Kampf dem Atomtod“, die den Beginn der Ostermarschbewegung markierte und zugleich eine neue Protestkultur signalisierte, die sich aus dem sozialen und kulturellen Wandel speiste.<sup>18</sup> Erkennbar wird damit auch eine charakteristische Interaktion zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung.

Mit der Göttinger Erklärung keimte ein erster Institutionalisierungsprozess der bundesdeutschen Friedensforschung, der in erster Linie mit der prominenten Figur Carl Friedrich von Weizsäckers verknüpft war. Der Atomphysiker und Philosoph wechselte 1957 vom Max-Planck-Institut für Physik auf eine Professur für Philosophie an der Universität Hamburg. Ihn trieb die Überlegung, dass Wissenschaftler auch eine besondere Verantwortung für die von ihnen entwickelten Erkenntnisse – wie die Atomspaltung – trugen. Das System der Abschreckung genüge im „Atomzeitalter“<sup>19</sup> nicht als Basis einer Friedensordnung. Angesichts der dynamischen Entwicklung der Technik werde die Menschheit auf Dauer nur überleben können, wenn eine „föderative Zentralinstanz“ geschaffen werde, die das Monopol an Waffen besitze.<sup>20</sup> Hieraus entwickelte Weizsäcker das an Kant angelehnte Leitbild der „Welt-Innenpolitik“.<sup>21</sup> Damit ging es ihm um weit mehr als Frieden in den internationalen Beziehungen, nämlich um die Zukunft des Menschen in der

17 Vgl. Elisabeth Kraus: Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers. Würzburg 2001, insbes. S. 47–64, 152–246; Cathryn Carson: Heisenberg in the Atomic Age. Science and the Public Sphere. Washington D.C./Cambridge, Mass./New York 2010, S. 317–330.

18 Vgl. Holger Nehrings: National Internationalists. British and West German Protests against Nuclear Weapons, the Politics of Transnational Communications and the Social History of the Cold War. In: Contemporary European History 14 (2005), S. 559–582; Hans Karl Rupp: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Köln 1984.

19 Z.B. Carl Friedrich von Weizsäcker: Die Atomwaffen. Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter (1957). In: Ders.: Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945–1981. München 1983, S. 31–42.

20 Ders.: Über weltpolitische Prognosen. In: Ders.: Gedanken über unsere Zukunft. Drei Reden. Göttingen 1966, S. 29–53, hier S. 48.

21 Ders.: Bedingungen des Friedens. Rede in Frankfurt am Main in der Paulskirche am 13.10.1963. In: Ders.: Der bedrohte Friede (wie Anm. 19), S. 125–137, hier S. 131; zu Weizsäcker Elke Seefried: Die politische Verantwortung des Wissenschaftlers. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 65 (2014), S. 177–195.

modernen, technischen Welt. Diese Überlegungen präsentierte Weizsäcker 1963 in einer vielbeachteten Rede in Frankfurt, mit der er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels entgegennahm.

Weizsäcker war es auch, der Institutionalisierungen in diesem Forschungsfeld initiierte. Die „Göttinger Erklärung“ löste eine Diskussion in der Evangelischen Kirche aus, wie sie sich zur Atombewaffnung positionieren sollte. Auch deshalb entstand 1957/58 die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), die zum Nukleus einer – rechnet man die internationalen Beziehungen hinzu – zweiten, christlich-ethisch geleiteten Strömung der Friedensforschung avancierte. Die FEST machte es sich zur Aufgabe, interdisziplinäre Forschungen anzustoßen, die sich mit den menschlichen Lebensbedingungen in der modernen, technischen Welt beschäftigten. Dabei ging sie davon aus, dass Christen eine Verantwortung für die politische Gestaltung der Welt und den Frieden trügen. Geleitet wurde sie vom Religionsphilosophen und Philologen Georg Picht, einem engen Weggefährten Weizsäckers.<sup>22</sup>

Eine dritte, planerische Strömung der Friedensforschung stützte sich stärker auf neue wissenschaftlich-technische Methoden der Systemanalyse und Computermodellierungen, bewegte sich zwischen Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften und besaß Schnittmengen mit einer empirischen Strömung der Zukunftsforschung. Hierzu rechnet auch die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), die breiter angelegt war und sich als Pendant zur „Federation of Atomic Scientists“ und bundesdeutsche Gruppe der Pugwash-Bewegung verstand. Auch hier spielte Weizsäcker eine wichtige Rolle: Er nahm 1958 an einer Pugwash-Konferenz teil und war 1959 federführend beteiligt, die VDW zu begründen.<sup>23</sup> Leitgebend war etwa ihr Projekt „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“, das die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen eines atomaren Krieges auf dem Territorium der Bundesrepublik abschätzte. Die Forschergruppe nutzte einerseits verschiedene „Kriegsbilder“<sup>24</sup> – also qualitative Szenarien – und prognostizierte andererseits mittels eines quantitativen, computerunterstützten Simulationsmodells mögliche Kriegsschäden. In keinem der genannten Szenarien, so das Ergebnis, besitze die Bundesrepublik eine Verteidigung, also ein Vermögen, den Gegner durch

22 Vgl. Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 90-92; Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 75-95, 324-348; vgl. Georg Picht: Was heißt Friedensforschung? In: Merkur 25 (1971), S. 105-122.

23 Vgl. Elisabeth Kraus: Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. Gründung, Aufbau und Konsolidierung (1958 bis 1963). In: Stephan Albrecht (Hrsg.): Wissenschaft – Verantwortung – Frieden. 50 Jahre VDW. Berlin 2009, S. 27-71; Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 68-71; zur Gesellschaft zur Förderung von Zukunfts- und Friedensforschung vgl. Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 348-374.

24 Carl Friedrich von Weizsäcker: Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): Kriegsfolgen und Kriegsverhütung. München 1970, S. 3-21, hier S. 3; vgl. im Folgenden ebd.

Einsatz militärischer Mittel an der Verwirklichung der Drohung zu hindern; gerade weil die Westdeutschen keine Aussicht hätten, einen Atomkrieg auf deutschem Boden zu überleben, sei man darauf angewiesen, ihn unter allen Umständen zu verhindern.

Ende der 1960er Jahre entstand eine vierte, kritische Strömung der Friedensforschung. Sie speiste sich aus der Ostermarschbewegung und der Protestkultur der späten 1960er Jahre sowie der Imperialismus- bzw. Kapitalismuskritik der Neuen Linken; eine besondere Rolle spielte der Protest gegen den Vietnam-Krieg. Zugleich bezog sie sich auf kritisch-dialektische, sozialwissenschaftliche und erkenntnistheoretische Grundlagen sowie insbesondere die Kritische Theorie.<sup>25</sup> Hier grenzte man sich explizit von der Lehre der internationalen Beziehungen und einer „herkömmlichen“ Friedensforschung ab, da diese nur größere Systemstörungen und den Krieg zu vermeiden suchte, den Status Quo aber nicht in Frage stelle. Diese Strömung verkörperte in den transnationalen Netzwerken Johan Galtung. In der Bundesrepublik verwarf Dieter Senghaas das System der Abschreckung als System „organisierter Friedlosigkeit“, weil die systematische Vorbereitung auf den Krieg zu einem Dauerzustand geworden sei.<sup>26</sup> Galtung und Senghaas votierten hingegen dafür, Kommunikationsstrukturen zu stärken und Konfliktursachen ausfindig zu machen, die ebenso in innergesellschaftlichen Strukturen ruhten.<sup>27</sup> Die im Kern ältere Unterscheidung zwischen einem negativen und positiven Friedensbegriff kleidete Galtung in ein neues Gewand: Frieden sei nicht nur die Absegn von Krieg, sondern auch die Abwesenheit kollektiver Anwendung oder Drohung von Gewalt. Neben „personaler“ gebe es „strukturelle Gewalt“, die sich in „ungleichen Machtverhältnissen und folglich in ungleichen Lebenschancen“ manifestiere. Damit verwies Galtung darauf, dass abseits von militärischer Gewalt auch viel subtilere Instrumente in Gesellschaften wirkten, um Macht durchzusetzen. Zugleich allerdings dehnte er den Friedensbegriff extrem weit bis hin zur These, dass „soziale Ungerechtigkeit“ Nicht-Frieden bedeute. Insofern geriet auch die Lösung des sogenannten Nord-Süd-Konflikts zum Element der Friedensforschung. Die Entwicklungspolitik war in ihrer modernisierungstheoretischen Prägung lange im Bereich der politischen Systemanalyse verortet worden; doch verknüpfte sich diese im Zeichen einer Ausweitung von Gerechtigkeits- und Solidaritätsforderungen der Neuen Linken auf die globale Ebene nun mit dem Frie-

25 Dieter Senghaas (Hrsg.): *Kritische Friedensforschung*. Frankfurt am Main 1972; vgl. Wasmuth: Geschichte (wie Anm. 5), S. 143-147, 165-178.

26 Dieter Senghaas: *Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. Frankfurt am Main 1969; Wasmuth: Geschichte (wie Anm. 5), S. 136-147.

27 Johan Galtung: *On the Future of the International System*. In: Robert Jungk/Johan Galtung (Hrsg.): *Mankind* 2000. Oslo 1971, S. 12-41, Zit. S. 14, 23.

densbegriff.<sup>28</sup> Auch im Zeichen dieser Überlegungen formte der Berliner Politikwissenschaftler Theodor Ebert aus Galtungs Überlegungen zum „positiven“ Friedensbegriff und Mahatma Gandhis Ansatz der „Friedenswehr“ das Konzept der sozialen Verteidigung, das eine rein passive Verteidigung in Form von zivilem Widerstand im Falle eines gegnerischen Angriffs propagierte.<sup>29</sup> Mithin nahm die kritische Friedensforschung den Zusammenhang von Unfrieden und gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen in den Blick. Zugleich gingen Friedens- und Konfliktforschung eine elementare Verbindung ein.

So entstanden in den 1960er Jahren verschiedene Strömungen der Friedensforschung, die jeweils eigenen Disziplinen entstammten und Frieden anders definierten. Insofern bildete das Nachdenken über das Wesen des Friedens bereits einen zentralen Teil des Selbstverständnisses und der Arbeit der Friedensforschung.

## II.

Diese differenten Strömungen einer bundesdeutschen Friedensforschung suchte Peter Menke-Glückert zusammenzuführen. Er entstammte einer liberalen Familie. Vater Emil war in den 1920er Jahren Abgeordneter der linksliberalen DDP gewesen, hatte als Referent im sächsischen Volksbildungsmi-nisterium gewirkt und nach 1945 zu den Mitbegründern der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP(D)) in der sowjetischen Besatzungszone gehört. Sohn Peter, 1929 geboren, studierte zunächst in Leipzig, engagierte sich in der sächsischen LDPD, ging dann aber – aus politischen Gründen – in den Westen und nahm in Göttingen ein Studium der Psychologie, Ökonomie und des Rechts auf; dieses setzte er an der Universität Berkeley fort. Nach Abschluss des Studiums zunächst für die Westdeutsche Rektorenkonferenz und die Universität Tübingen tätig, wurde der Freidemokrat Menke-Glückert, der ab 1964 Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung war, im gleichen Jahr Referent im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung.<sup>30</sup>

28 Johan Galtung: Gewalt, Frieden und Friedensforschung (Orig. 1969). In: Senghaas (Hrsg.): Kritische Friedensforschung (wie Anm. 25), S. 55-104, hier S. 61 ff. vgl. Ders.: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek b. Hamburg 1975; dazu Koppe: Geschichte (wie Anm. 5), S. 43-47; Weller: Friedens- und Konfliktforschung (Anm. 4), S. 7f.

29 Vgl. Theodor Ebert: Einleitung. Friedensforschung und gewaltfreie Aktion. In: Ders. (Hrsg.): Ziviler Widerstand. Fallstudien aus der innenpolitischen Friedens- und Konfliktforschung. Düsseldorf 1970, S. 9-18; Wasmuth: Geschichte (wie Anm. 5), S. 95-102.

30 1963/64 war Menke-Glückert bereits Kuratoriumsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung, vgl. Menke-Glückert, Peter. In: Munzinger Online/Personen. Internationales Biographie-

Die Forschungspolitik der Bundesrepublik befand sich zu dieser Zeit im Umbruch. Schon der sowjetische Sputnik-Flug 1957, der den technologischen Wettlauf im Kalten Krieg beschleunigte, hatte zu einer aktiveren Forschungsförderung des Bundes beigetragen. Mitte der 1960er Jahre nun rückte die Forschungspolitik mit der vielseits erhobenen Forderung, Politik modern auszurichten, ins Licht der Öffentlichkeit. Mit dem Ende der Ära Adenauer schien der Wiederaufbau abgeschlossen, und der wirtschaftliche Boom erweiterte die Planungs- und Handlungsspielräume des Bundes. Versteht man Planung als „öffentliche[n], verfahrensgestützte[n] Vorgriff auf die Zukunft“, der die Ausgestaltung von Gesellschaften zum Gegenstand hat, so prägte sie seit je die politische Praxis.<sup>31</sup> Mitte der 1960er Jahre aber schienen neue Methoden der Voraussage und Steuerung – nämlich computerunterstützte Modellsimulationen, wie sie in den Think Tanks entwickelt wurden, oder der Keynesianismus in der Wirtschaftspolitik – eine neue Rationalisierung und Planung der Zukunft durch Wissenschaft, Technologie und Expertise möglich zu machen.<sup>32</sup> Wissenschaft und Technik waren indes nicht nur Mittel, Zukunftsaufgaben zu lösen, sondern auch Gegenstand der Zukunftspolitik, der beschleunigtem Wandel unterlag: Großforschung, Atomtechnik und Computerisierung galten nun als Insignien der Zukunft, an denen sich Forschung auszurichten hatte. Hinzu kam 1965 eine zugespitzte Auslegung einer OECD-Studie, die argumentiert hatte, der Bundesrepublik und Westeuropa drohe eine „technologische Lücke“ gegenüber den USA. Als dann die Bundesrepublik 1965/66 in eine erste wirtschaftliche Krisensituation schlitterte, forderten viele eine Stärkung der Großforschung nach dem vielbewunderten amerikanischen Vorbild.<sup>33</sup>

Auch für Peter Menke-Glückert avancierten die US-Think Tanks mit ihrer interdisziplinären Struktur und ihrer Expertise in der Voraussage und Planung geradezu zum Inbegriff des Fortschritts. Im Ministerium war der Libe-

phisches Archiv. URL: <http://www.munzinger.de/document/00000015250> (abgerufen am 10.3.2019); Karl-Heinz Paqué: Ein Mann des liberalen Geistes und der liberalen Geisteshaltung. In: Friedrich-Naumann-Stiftung. URL: <https://www.freiheit.org/ein-mann-des-liberalen-geistes-und-der-liberalen-geisteshaltung> (letzter Aufruf: 10.3.2019); Gespräch der Verf. mit Menke-Glückert am 23.9.2009.

31 Dirk van Laak: Planung, Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft. In: Geschichte und Gesellschaft 34 (2008), S. 305-326, hier S. 306; vgl. Gabriele Metzler: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft. Paderborn 2005; Helmuth Trischler: Planungseuphorie und Forschungssteuerung in den 1960er Jahren in der Luft- und Raumfahrtforschung. In: Margit Szöllösi-Janze/Helmuth Trischler (Hrsg.): Großforschung in Deutschland. Frankfurt am Main/New York 1990, S. 117-139; Elke Seefried/Andreas Malycha: Planen, um aufzuschließen. Forschungsplanung in der Bundesrepublik und der DDR. In: Elke Seefried/Dierk Hoffmann (Hrsg.): Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft. Berlin 2018, S. 35-67.

32 Dazu Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9).

33 Vgl. Trischler: Planungseuphorie (wie Anm. 31).

rale als Referent für Forschungsplanung in erster Linie für die Erstellung des Bundesberichts Forschung zuständig. Doch ging sein Reformhabitus, den Zeitgenossen auch als „übertriebene Betriebsamkeit“ wahrnahmen<sup>34</sup>, weit über die Forschungspolitik im engeren Sinne hinaus. Es bestünde, so Menke-Glückert, zunehmend die „Notwendigkeit, Probleme der Wirtschafts-, Verteidigungs- oder Außenpolitik mit Mitteln der Planungsforschung durchzurechnen und modelltypische Alternativen für strategische Planungsaufgaben dem Politiker an die Hand zu geben“, wie dies etwa die RAND Corporation leiste. Dazu seien auch langfristige Zeiträume über 15 bis 20 Jahre zu avisieren: „Nur aus dem Modell der Gesellschaft der Zukunft können Zielwerte für den Ausbau von Bildungs- und Forschungseinrichtungen oder anderer Sachbereiche [...] abgeleitet werden.“<sup>35</sup> Ziel war es, alle Politikfelder zukunftsorientierter auszurichten, indem der technische Fortschritt durch Einbindung wissenschaftlicher Expertise und Planungskonzepte genutzt werde. Diese Expertise machte Menke-Glückert vor allem in kybernetisch bzw. systemtheoretisch unterlegten Steuerungskonzepten und der elektronischen Datenverarbeitung aus:

„Die Bundesregierung braucht dringend ein modernes Informationssystem mit einer Datenbank (oder besser mehreren kleinen Datenbanken), einem formalisierten Berichtssystem (das Kontrolle der Planungen und Korrektur der Planziele ermöglicht) und einem ‚zivilen Generalstab‘ im BKA, das alle diese Instrumente für eine bessere Politik nutzt.“<sup>36</sup>

Deshalb sollten deutsche Wissenschaftler in amerikanischen Think Tanks ausgebildet werden. Zudem schlug er die Schaffung eines politiknahen Instituts für Planungsforschung vor.<sup>37</sup> Zweifellos überschätzte Menke-Glückert hier die Möglichkeiten von Prognostik und Planung, weil gesamtgesellschaftliche mittel- und langfristige Entwicklungen – so auch die spätere Einsicht der Zukunftsforchung – schwerlich modelliert werden können und Politik nicht nur der Wissenschaft folgt; zudem stellte sich die grundsätzliche

34 Picht an Carl Friedrich von Weizsäcker, 11.1.1968. In: Bundesarchiv Koblenz (BArch), N 1225, 115: „Er ist ein ziemlich unruhiger Geist und neigt zu übertriebener Betriebsamkeit“, doch er sei „wirklich intelligent und hat besser als die meisten unserer Gesprächspartner begriffen, auf welche Fragen es heute ankommt“.

35 BMwF, Menke-Glückert, an Staatssekretär Wolfgang Cartellieri, 12.5.1965 (hs.: ab am 17.5.); vgl. BMwF, Menke-Glückert, Sprechzettel für Staatssekretär zur Vorbereitung der Sitzung am 26.7.1965, 22.7.1965, mit Anlage 2: Unterlage zur Besprechung, 26.7.1965, alles in: BArch, B 138, 6585; Menke-Glückert an Hans Paul Bahrdt, 26.1.1967. In: ebd., 6239.

36 Menke-Glückert an Picht, 21.12.1966. In: BArch, N 1225, 107.

37 BMwF, Menke-Glückert an Staatssekretär Cartellieri, 12.5.1965 (hs.: ab am 17.5.). In: BArch, B 138, 6585.

Frage, welche demokratische Legitimation Planern und wissenschaftlichen Experten in der Setzung gesamtgesellschaftlicher Ziele zukam.<sup>38</sup>

Menke-Glückert argumentierte allerdings durchaus nicht isoliert: Grundsätzlich gewann der Planungsdiskurs in der Bundesrepublik Mitte der 1960er Jahre enorme Kraft, und er verband sich mit der Forderung, die wissenschaftliche Politikberatung zu stärken, um eine „rationale“ Steuerung politischer Prozesse zu ermöglichen.<sup>39</sup> Die FDP, die sich genau in diesem Zeitraum für den Sozialliberalismus öffnete, stand in ihrer marktwirtschaftlichen Signatur dem Planungsthema traditionell fern. Gleichwohl durchzog der Reform- und Modernisierungsgeist, der den diskursiven Unterbau des Planungsthemas bildete, auch einen neuen reformerischen Flügel der FDP, der sich mit dem Wechsel in die Opposition im Bund 1966 durchzusetzen begann. Neue Protagonisten aus der Wissenschaft, zu denen Ralf Dahrendorf zählte, profilierten das traditionell im Liberalismus beheimatete Thema einer Stärkung von Bildung und Forschung. Sie verknüpften es nicht nur mit der Forderung nach Chancengleichheit, sondern mit neuen Planungsansätzen, wie sie Dahrendorf mit dem Bildungsgesamtplan für Baden-Württemberg erarbeitet hatte.<sup>40</sup> In diesem Sinne ließ sich die Vorstellung einer expertenbasierten, rationalen Politik durchaus mit dem Vernunftparadigma des Liberalismus verbinden, wie es Menke-Glückert tat. Gleichwohl war dies angesichts der Flügelkämpfe in der FDP keineswegs unumstritten.

Menke-Glückert hatte seine Planungs-Überlegungen aus dem Austausch mit Wissenschaftlern gewonnen, die das Feld der Voraussage und Planung bestellten. Dazu gehörte die Studiengruppe für Systemforschung in Heidelberg, die an das Forschungsministerium angegliedert war, sich mit Fragen der Forschungs- und Systemplanung beschäftigte und deren Leiter Helmut Krauch intensive Verbindungen zu amerikanischen Think Tanks besaß.<sup>41</sup> Zudem pflegte Menke-Glückert spätestens seit 1965 Kontakte mit Robert Jungk, der forderte, die soziale Phantasie in das Nachdenken über Zukünfte und Planung einzubeziehen. Es war insofern durchaus folgerichtig, dass Menke-Glückert Mitte der 1960er Jahre an der Bildung einer Gesellschaft für Zukunftsfragen beteiligt war.<sup>42</sup>

38 Vgl. Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9).

39 Vgl. Metzler: Konzeptionen (wie Anm. 31); Elke Seefried: Mehr Planung wagen? In: Axel Schildt/Wolfgang Schmidt (Hrsg.): „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens. Bonn 2019, S. 105-124.

40 Vgl. auch zu den Flügelkämpfen Klaus Weber: Der Linkoliberalismus in der Bundesrepublik um 1969. Konjunktur und Profile. Frankfurt am Main 2012, S. 142-159; zu Dahrendorfs kurzem Wirken in der FDP Franziska Meifort: Ralf Dahrendorf. Eine Biographie. München 2017, S. 146-199.

41 Vgl. Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 348-374.

42 Zu Jungk und zur Gesellschaft für Zukunftsfragen ebd., S. 125-154, 374-396.

Ab 1965/66 applizierte Menke-Glückert seine Überlegungen zu Vorausschau und Planung auf das Thema Frieden. Er publizierte mehrere Aufsätze zu Friedensforschung und Friedenssicherung und legte 1969 eine Monographie „Friedensstrategien“ vor, die im Rowohlt-Verlag erschien.<sup>43</sup> Zum einen leitete ihn der veränderte außen- und innenpolitische Kontext. Mit dem Mauerbau und der Kuba-Krise war Bewegung in die Deutschland- und Ostpolitik gekommen, die auch Menke-Glückert mit seiner ostdeutschen Vita tangierte. Der Mauerbau hatte die Erfolglosigkeit der Adenauerschen „Politik der Stärke“ vor Augen geführt. Nach Beendigung der Kuba-Krise, die die Welt an den Rand des Atomkriegs geführt hatte, durchzog ein Geist der Entspannung die Beziehungen zwischen den Supermächten im Kalten Krieg, und beide Seiten orientierten sich am territorialen Status Quo in Europa, um neue Escalationen zu verhindern. Damit wurde auch die Frage, was Frieden in einer Welt des möglichen Atomkrieges sei, neu gedacht. US-Präsident John F. Kennedy plädierte 1963 für eine „Strategie des Friedens“, die in gewisser Weise an das sowjetische Prinzip der Koexistenz beider Systeme anknüpfte und für einen Vorrang von politischen vor militärischen Lösungen warb. Er verwarf das System der Abschreckung nicht, aber plädierte darüber hinausgehend für einen Prozess hin zu einem „echten Frieden“ als einem „zwangsläufig vernünftigen Ziel vernünftiger Menschen“.<sup>44</sup> Erst vor diesem Hintergrund erregte Weizsäckers Rede zur Verleihung des Friedenspreises im Herbst 1963 solches Aufsehen. Frieden im Atomzeitalter machte auch die Evangelische Kirche verstärkt zum Thema, nicht nur auf dem Evangelischen Kirchentag 1965 in Köln<sup>45</sup>, sondern vor allem mit ihrer ostpolitischen Denkschrift 1965, die im Geist christlicher Versöhnung stand.<sup>46</sup> Die kirchliche Initiative verlieh der Ostermarschbewegung neue Dynamik, und ebendies galt für die Proteste gegen den Vietnamkrieg. Kennedys Semantik von der Strategie des Friedens griffen Sozialdemokraten um Willy Brandt und Egon Bahr auf, zielten aber mit dem „Wandel durch Annäherung“ einerseits auf die Anerkennung teilungspolitischer Realitäten, andererseits auf eine Politik der kleinen Schritte hin zu menschlichen Erleichterungen und deutsch-deut-

- 43 Peter Menke-Glückert: Friedensstrategien. Wissenschaftliche Techniken beeinflussen die Politik. Reinbek b. Hamburg 1969.
- 44 John F. Kennedy: Rede des Präsidenten vor der Universität Washington am 10. Juni 1963. In: Ernst-Otto Czempiel/Carl-Christoph Schweitzer (Hrsg.): Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente. Opladen 1984, S. 277-283.
- 45 So auch Menke-Glückert. In: Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft (Hrsg.): Ist der Weltfriede unvermeidlich? Referent: Carl Friedrich von Weizsäcker. Hamburg 1967, S. 24.
- 46 Martin Greschat: Vom Tübinger Memorandum (1961) zur Ratifizierung der Ostverträge (1972). Protestantische Beiträge zur Aussöhnung mit Polen. In: Friedhelm Boll u.a. (Hrsg.): Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik. Bonn 2009, S. 29-51.

scher Kontakte.<sup>47</sup> In diese Richtung bewegte sich auch die FDP, die damit ihren Friedensbegriff revidierte, wie in Kapitel III genauer erläutert wird.

Zum anderen öffnete sich Menke-Glückert friedenswissenschaftlichen Fragen, weil er Kontakte zu Zukunftsforschern pflegte, die sich ebenso in der Friedensforschung zuhause fühlten. Die Grenzen zwischen beiden neu entstehenden wissenschaftlichen Feldern waren in den frühen 1960er Jahren fließend: Die Orientierung an der Kybernetik als übergreifender Steuerungswissenschaft und die Suche nach Frieden als wünschbarer Zukunft leiteten die Zukunftsforschung wie auch die entstehende Friedensforschung.<sup>48</sup> Prägend für Peter Menke-Glückert wurde Robert Jungk, Protagonist einer kritischen Zukunfts- und Friedensforschung, dem er im Vorwort der Monographie ausdrücklich dankte<sup>49</sup>; darüber hinaus besuchte er Konferenzen der VDW, auf denen Georg Picht zur Zukunfts- und Friedensforschung sprach<sup>50</sup>, und nahm an einer Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises zum Thema „Ist der Weltfriede unvermeidlich?“ teil, die 1966 unter Leitung Carl Friedrich von Weizsäckers stattfand. An Robert Jungk schrieb Menke-Glückert wenige Tage später: „Die Gespräche in Hamburg werden mir noch für lange Zeit Stoff zum Nachdenken geben.“<sup>51</sup> Ferner kehrte er im September 1967 mit vielfältigen Eindrücken von einer Tagung „Mankind 2000“ zurück, die Jungk und Galtung in Oslo veranstaltet hatten und die mit der Frage nach der Menschheit des Jahres 2000 Zukunfts- und Friedensforschung verknüpfte.<sup>52</sup> 1967 wechselte Menke-Glückert als Leiter der Abteilung Wissenschaftsressourcen zur OECD nach Paris. Hier war er innerhalb eines Kreises transatlantischer Experten mit Fragen der Wissenschaftsförderung befasst, hielt aber weiter engen Kontakt nicht nur zum Forschungsministerium<sup>53</sup>, sondern auch zu den Netzwerken der Zukunfts- und Friedensforschung<sup>54</sup>.

Erkennbar sog Menke-Glückert Überlegungen aus verschiedenen Ansätzen der Friedensforschung in sich auf. Vor allem aber verstand er Friedens-

47 Vgl. Wolfgang Schmidt: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–1963. Wiesbaden 2001; Andreas Vogtmeier: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung. Bonn 1996, S. 59–73.

48 Vgl. Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 179–210, 324–348.

49 Menke-Glückert: Friedensstrategien (wie Anm. 43), S. 10.

50 Menke-Glückert an Abteilungsleiter, 4.11.1966, und an den Geschäftsführer der VDW, Horst Afheldt, 24.11.1966. In: BArch, B 138,1549.

51 BMwF, Menke-Glückert an Robert Jungk, 14.11.1966. In: ebd.; Bergedorfer Gesprächskreis (Hrsg.): Weltfriede (wie Anm. 45), Hamburg 1967.

52 Mankind 2000 an Menke-Glückert, 7.2.1967. In: BArch, B 138,1549; dazu Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 179–234.

53 Vgl. etwa das Manuskript Menke-Glückerts „Aktiv für den Frieden“. In: BArch, B 138, 1551.

54 Gespräch der Verf. mit Menke-Glückert, 23.9.2009.

forschung als Teil von Planungs- oder Zukunftsforschung.<sup>55</sup> Er ging davon aus, dass Frieden mittels neuer wissenschaftlich-technischer Methoden zu planen sei:

„Die Basis für jede Friedensplanung ist technologischer Natur. [...] Forschungsinstitutionen für soziale Innovation und Friedensplanung [sind] notwendig, die Gegenmodelle oder Alternativen überlegen und mit neuen Zukünften experimentieren, das heißt eine zivile humane Technologie in einem Lernprozeß mit der Öffentlichkeit, der Politik und der Wirtschaft entwickeln.“<sup>56</sup>

Mithin forderte Menke-Glückert, wissenschaftliche Expertise systematisch in die politische Entscheidungsfindung einzubinden, um nicht mehr den Krieg, sondern den Frieden zu planen. Frieden sei, so zitierte er Weizsäcker, die „Lebensbedingung des technischen Zeitalters“,<sup>57</sup> und deshalb sollte die Politik die

„gleiche Energie, den gleichen Scharfsinn und die gleichen Budgetmittel für den Entwurf positiver Friedensentwürfe und Modelle aufwenden, wie sie jetzt für die Vorbereitung auf den Krieg und den Entwurf negativen Friedens in der klassischen Sicherheitspolitik mobilisiert werden.“<sup>58</sup>

Credo Menke-Glückerts war es, dass die neuen Möglichkeiten wissenschaftlich-technischer Voraussage und Planung, die aus dem Methodenarsenal der amerikanischen Think Tanks und der Zukunftsforschung stammten, auch für die Planung des Friedens genutzt werden könnten. Szenarien und computerisierte Modellierungen, die in den USA entwickelt worden seien, versprach er vollmundig, könnten die Folgen bestimmter Maßnahmen auch in Friedensfragen voraussagen, also antizipieren oder prognostizieren:

„Die Friedensforschung spielt u.a. Entscheidungsspiele durch, um politische Großwetterlagen in ihren Interessenverflechtungen zu erkennen. Sie setzt planmäßig die Kenntnisse von Forschung und Technik ein. Kontroll- und Inspektionssysteme werden durchgerechnet, für den Ernstfall durchgespielt (simuliert). Programme zur Umformung von Sozialstrukturen werden entworfen, Abrüstungspläne entwickelt. Die Planung des technischen Fortschritts (Innovationspolitik) als Mittel zur Friedenssicherung gehört zum virtuos beherrschten Handwerkszeug der Friedensforschung“<sup>59</sup>.

55 Vgl. Akte „Planungsforschung, Friedens- und Konfliktforschung“. In: BArch, B 138, 1549 und 1551; hingegen mit der Summierung unter Zukunftsforchung Menke-Glückert: Friedensstrategien (wie Anm. 43), S. 147-149.

56 Ders.: Friedensstrategien. In: liberal 11 (1969), S. 526-534, hier S. 527 f.

57 Ders.: Friedensstrategien (wie Anm. 43), S. 144.

58 Ebd., S. 140.

59 Menke-Glückert: Planziel (wie Anm. 1), S. 757.

Damit vermittelte Menke-Glückert nicht nur ein explizit positives Bild des technischen Fortschritts (den etwa Weizsäcker skeptischer bewertete), sondern offenbarte szientistisch-sozialtechnokratische Züge. Erneut berief er sich auf die Kybernetik und deshalb auf die Rolle der *Information*: Viele soziale und politische Konflikte beruhten, so Menke-Glückert in Anknüpfung an Karl Deutsch, auf „ungenügender oder bewußt falscher Information“. Vorbild müsse hier Schweden sein, wo die Ministerin für Abrüstungsfragen, Alva Myrdal, vorgeschlagen habe, „Wahrheitszentren“ einzurichten. Analysen internationaler Institute für Konfliktforschung könnten so falsche Informationen, die „Freund-Feind-Gefühle“ auslösten, richtigstellen.<sup>60</sup> Damit stellte Menke-Glückert das „Freund-Feind-Gefühl“ (die Emotion) dem Ideal einer wissenschaftlichen Rationalität (als Vernunftorientierung) gegenüber. Sein Vorbild, das Ehepaar Myrdal, hatte in Schweden eine auf Rationalität und Expertise setzende Politik installiert, die heute als Paradebeispiel eines ambivalenten, strikt technisch-funktionalistischen „Social Engineering“ gilt und etwa auch eugenische Maßnahmen rechtfertigte.<sup>61</sup> Auch Menke-Glückert sprach von sozialer Innovation und der Umformung von Sozialstrukturen. Dies konnte einerseits an Jungks Forderung nach einer Planung von unten durch Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure anknüpfen und damit die junge Generation ansprechen, die Menke-Glückert angesichts der Studentenbewegung besonders im Blick hatte. Andererseits verband sich dies mit einem technisch-funktionalistischen Gestus, der etwa entwicklungspolitisch einer westlichen Modernisierungsperspektive folgte, ja zivilisationsmissionarische Züge trug: Die Entwicklungsländer sollten auf dem Weg zum Frieden „den Leistungs-Rhythmus westlicher Lebensweise einführen“, die „Pünktlichkeit des Acht-Stundentages“ lernen und die „wissenschaftliche Zivilisation“ einführen.<sup>62</sup>

Konkret forderte Menke-Glückert zum einen, neue Forschungsinstitute für Abrüstung und Friedensforschung in der Bundesrepublik zu schaffen, zum anderen drängte er auf ein eigenes Ministerium für Friedensplanung. Dieses Ministerium sollte nicht nur die Zuständigkeit für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrollpolitik erhalten, sondern auch die internationale wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe verantworten und die Friedensforschung und Friedenspädagogik vorantreiben, ja eine Akademie zur Ausbildung von „Konfliktshilf[er]n“ begründen. Ebenso müsse das Ministerium die Vermittlung in die Öffentlichkeit verantworten, also die Ergebnisse von Analysen internationaler Institute für

60 Ders.: Friedensstrategien (wie Anm. 43), S. 141.

61 Vgl. Thomas Etzemüller: Die Romantik der Rationalität. Alva & Gunnar Myrdal – Social Engineering in Schweden. Bielefeld 2010.

62 Menke-Glückert: Planziel (wie Anm. 1), S. 752.

Konfliktforschung in „Amtsblättern, Rundfunk- und Fernsehsendungen“ kommunizieren, wie es ähnlich für die „Wahrheitszentren“ gedacht war.<sup>63</sup>

Mithin begriff Peter Menke-Glückert den Frieden als denkbar, machbar und planbar. Seine Überlegungen zog er vor allem aus einer Wissenschaft und Politik erfassenden Zukunfts- und Planungsaffinität der späten 1960er Jahre, die bei ihm bisweilen szientistische und zivilisationsmissionarische Züge annahm.

Zugleich ist für unseren Zusammenhang interessant, dass Menke-Glückerts Friedensstrategie eine liberale Handschrift trug. Erstens steckt gerade im Verweis auf planerische Rationalität eine liberale Deutung, denn im Kern ging er davon aus, dass der Mensch und mündige Bürger die Irrationalität des Krieges begreifen werde. Dabei setzte er nicht auf das Recht, wie es dem Liberalismus ebenfalls traditionell nahe lag,<sup>64</sup> sondern auf Freiheit und Vernunft: Der Krieg sollte durch die menschliche Vernunft gebändigt werden,<sup>65</sup> und in einer fast euphorischen Deutung der Wissenschaft wies er dieser die Aufgabe zu, deren rationalen Zugang zum Frieden in Politik und Gesellschaft zu vermitteln.

Zweitens verfolgte Menke-Glückert – trotz der Planungsfixierung – einen pluralistischen Ansatz. So bezog er sich auf verschiedene Strömungen der Friedensforschung, die sich durchaus kritisch gegenüberstanden. Einerseits gewannen seine Ausführungen sozialtechnokratische Züge, andererseits suchte er den Frieden in einem christlich-ethischen Sinne herzuleiten, indem er darauf verwies, dass Frieden „ein Zustand innerer Ruhe und Gelassenheit, [...] Vertrauen auf Gottes Gnade“<sup>66</sup> sei. Einerseits berief er sich auf die amerikanische „Arms Control“-Schule, die innerhalb des Systems der Abschreckung über Möglichkeiten der Rüstungskontrolle nachdachte; andererseits zitierte er den amerikanischen Soziologen Amitai Etzioni, der radikale Abrüstung, Demokratisierung und eine Weltregierung als neue politische Strategien empfohlen hatte.<sup>67</sup> Damit waren seine Ausführungen additiv, ja nicht immer stringent, wie auch andere anmerkten.<sup>68</sup> Doch ging es dem Liberalen Menke-Glückert darum, verschiedene Ansätze in einem pluralistischen Sinne zuzulassen, einzubinden und ins Gespräch zu bringen.

63 Ders.: Friedensstrategien. In: liberal 11 (1969), S. 529.

64 Vgl. den Beitrag von Andreas Braune in diesem Band.

65 Peter Menke-Glückert: Ziele und Methoden der Friedensforschung, Vortrag auf der Arbeitstagung „Der geplante Frieden“ der Friedrich-Naumann-Stiftung, 3.–6.4.1968. In: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), AFK Vorstand, Mappe 2; Ders. In: Bergedorfer Gesprächskreis (Hrsg.): Weltfriede (wie Anm. 45), S. 24.

66 Ders.: Planziel (wie Anm. 1), S. 755.

67 Ebd., S. 750; vgl. Amitai Etzioni: Der harte Weg zum Frieden. Eine neue Strategie. Göttingen 1965 [englisch 1962].

68 Uwe Nerlich, Stiftung Wissenschaft und Politik, an Peter Menke-Glückert, 22.12.1966. In: BArch, B 138, 1549.

Drittens war es Menke-Glückert darum zu tun, mit dem Verweis auf eine Verklammerung des außen- und innenpolitischen Friedens im (sozial-)liberalen Sinne für mehr Pluralismus und Dialog nach innen zu werben. Die FDP dürfe nicht in die Nähe der APO rücken. Doch sei gerade nach den innenpolitischen Zusitzungen des Jahres 1968 Friedenspolitik auch in einer offenen Gesellschaft verwirklicht, die die „Sache des freien, mündigen Bürgers in allen Bereichen der Politik mit gleicher Energie“ vertrete. Schließlich mache erst eine „konsequent liberale Politik für eine größere (europäische) und demokratische (offene) Gesellschaft“ eine neue Friedenspolitik nach außen glaubwürdig.<sup>69</sup>

Viertens verknüpfte sein Konzept von Friedensforschung – und dies ist für die FDP jener Jahre typisch – westliche und gesamtdeutsch-neutralistische Ziele. In seinem Beitrag für „liberal“ 1966 drängte Menke-Glückert auf eine politische Förderung der Friedensforschung auch mit dem Argument, dass eine aktive konzeptionelle Rolle der Bundesrepublik auf diesem Feld das bundesdeutsche Gewicht im westlichen Bündnis und in der Welt stärken würde. Das starre Festhalten an Rechtspositionen und nationalen Ansprüchen führe nicht weiter, und Bezüge zum Deutschen Reich seien der heranwachsenden Generation ohnehin fremd. Damit votierte er für eine flexiblere Ostpolitik, die nicht mehr auf staatliche Wiedervereinigung drängte, aber mehr weltpolitische Verantwortung übernahm; dass sich daraus womöglich doch noch deutschlandpolitische Dynamiken ergeben könnten, deutete Menke-Glückert – der ja selbst eine ostdeutsche Vita hatte – an: „Die unbewältigte Gegenwart des Provisoriums Bonn kann nur durch ein kühnes Konzept für die Zukunft überwunden werden.“<sup>70</sup> In seinem Buch „Friedensstrategien“ entwarf er im Zeichen einer möglichen sozialliberalen Koalition 1969 ein „Deutsches Programm Frieden für die Welt“, welches der Bundesrepublik „wieder eine glaubwürdige Rolle in der Weltpolitik zwischen den Atomgroßmächten“ verleihen sollte.<sup>71</sup> Damit griff er Semantiken einer neuen liberalen Deutschland- und Ostpolitik auf und prägte diese mit, wie im Folgenden zu zeigen ist.

### III.

Schon seit Gründung der Bundesrepublik war die FDP geradezu zerissen zwischen links- und nationalliberalen Kräften; in den 1950er Jahren wurde

69 Peter Menke-Glückert: Plattform für eine Friedenspolitik. In: liberal 11 (1969), S. 406-410, hier S. 406 f.

70 Ders.: Planziel (wie Anm. 1), S. 748.

71 Ders.: Friedensstrategien (wie Anm. 43), S. 256-283, Zitat ebd. S. 8.

sie von einer nationalistischen Sammlungsbewegung infiltriert, die in den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen nationalsozialistische Positionen vertraten.<sup>72</sup> Insofern war auch der deutschlandpolitische Kurs der FDP starken Schwankungen unterworfen. Als Regierungspartei Adenauers hatte sie die Politik der Westintegration zunächst mitgetragen, doch diese in der Opposition 1957 bis 1961 mit dem Argument, die Westbindung vereitete die Wiedervereinigung, mehrheitlich verworfen. So hatte die FDP im „Deutschlandplan“ 1959 „Grundrisse eines Friedensvertrags“ entworfen, der die volle Rückgewinnung der Souveränität eines wiedervereinigten Deutschlands postulierte – ein Plan, der mit dem Mauerbau obsolet wurde.<sup>73</sup> Ab 1961 erschloss deshalb der Parteivorsitzende Erich Mende – obwohl nationalliberal orientiert – vorsichtig neue Wege in der Außen- und Deutschlandpolitik, unterstützte die „Politik der Bewegung“ des Außenministers Gerhard Schröder, die auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten mit Ausnahme der DDR zielte, und die Berliner Passierscheinabkommen. Zugleich aber hielt die FDP an ihren vereinigungsorientierten Postulaten – etwa einer ständigen Deutschlandkonferenz der Vier Mächte und einem Stufenplan zur deutschen Einheit – fest. Dabei argumentierte sie – im liberalen Sinne – mit dem Recht: Erste Rufe nach einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie lehnte sie mit dem Verweis auf das Völkerrecht ab.<sup>74</sup>

Geradezu revolutionär mutete so das erste „Schollwer-Papier“ an, das der Chefredakteur des FDP-Pressedienstes und Referent für gesamtdeutsche Fragen in der Bundesgeschäftsstelle, Wolfgang Schollwer, 1962 vorlegte. Da die starre Außen- und Deutschlandpolitik Adenauers gescheitert sei, votierte er für eine neue Politik der „Verklammerung“ beider deutscher Staaten, erreicht durch eine Liberalisierung der DDR und Wiederannäherung beider deutscher Gesellschaften, um langfristig eine Wiedervereinigung zu ermöglichen – freilich zum Preis einer de facto-Anerkennung der DDR und der

72 Vgl. Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhauve und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953. München 2010; Ders.: Von der liberalen Versuchung einer nationalen Rechtspartei. Die rheinische FDP in der frühen Bundesrepublik. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 30 (2018), S. 235–260.

73 Grundrisse eines Friedensvertrages. Deutschlandplan der FDP, am 27.1.1959 von der FDP-Bundestagsfraktion beschlossen, am 20.3.1959 veröffentlicht. In: Wolfgang Benz u.a. (Hrsg.): Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945. Stuttgart 1978, S. 179–184; auch im Folgenden Mathias Siekmeyer: Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren. Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung. Köln 1998; mit weiterer Literatur der Beitrag von Tim Geiger in diesem Band.

74 Vgl. Wolfgang Schollwer: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966. Hrsg. von Monika Faßbender. München 1994, S. 294 f.

Oder-Neiße-Linie.<sup>75</sup> Dies war in nationalliberalen Zirkeln zunächst nicht hinnehmbar. Und doch setzte sich der Kurs der Reformer durch, der auf Entspannung setzte und die Ziele einer raschen Wiedervereinigung und Rückgewinnung der Ostgebiete davon entkoppelte. Der Kurswechsel hatte auch taktische Gründe: Die FDP wurde 1966 im Bund in die Opposition gedrängt, und mit einer neuen Ostpolitik ließ sich Anschluss an die entspannungsbereite SPD finden, was neue Mehrheiten für eine Reformkoalition versprach. Dies galt gerade vor dem Hintergrund der in der Großen Koalition diskutierten Wahlrechtsreform und des Erstarkens der NPD, die nationalkonservative Stimmen aus der FDP abzog. Zugleich positionierte sich die FDP neu: In harten innerparteilichen Auseinandersetzungen drängten reformerische Kräfte – vor allem die Jungdemokraten – auf einen Kurswechsel hin zu einer linksliberalen Reformpolitik.<sup>76</sup> Dennoch bedeutete dies keinen Bruch mit alten gesamtdeutschen Befindlichkeiten: Das Festhalten an Rechtspositionen erschien zunehmend illusionär, weil sich die Bundesrepublik so dem internationalen Geist der Entspannung entgegenstellte; und die Politik der Verklammerung trug ja – ebenso wie Bahrs Konzept des „Wandels durch Annäherung“ – im Kern eine gesamtdeutsche Zielrichtung, weil nur durch deutsch-deutsche Kontakte noch eine langfristige Wiedervereinigung möglich schien. Dies mag auch erklären, warum viele Protagonisten der FDP, die einen ostdeutschen Hintergrund besaßen, den neuen ostpolitischen Kurs stützten.

Dieser neue Kurs implizierte auch eine neue Deutung von Frieden. Die FDP hatte in ihrem Deutschlandplan 1959 Frieden vor allem als vertragliche Beendigung des Zweiten Weltkrieges definiert.<sup>77</sup> Ebenso hatte Schollwer in seinem ersten Papier 1962 nicht den Frieden, sondern die „Wiedervereinigungspolitik“ in den Fokus gestellt. Frieden verstand er als Absenz des (Atom-)Krieges: Die politische Öffentlichkeit bange um die „Erhaltung des Friedens“, weil man den Ausbruch eines militärischen Konflikts wegen Berlin fürchte.<sup>78</sup> In seinem zweiten Arbeitspapier zur „Deutschland- und Außenpolitik“ für die FDP-Bundestagsfraktion 1967, das zentrale Bedeutung für den neuen Kurs in der Entspannungs- und Ostpolitik besaß, bezog sich Schollwer auf einen viel weiteren Friedensbegriff, der auf internationale Verständigung und innergesellschaftliche Konfliktlösung setzte. Unter „Zielvorstellungen“ formulierte Schollwer, dass die „friedliche Entwicklung aller europäischen Völker einschließlich des deutschen Volkes“ im besonderen In-

75 Wolfgang Schollwer: Verklammerung und Wiedervereinigung. Denkschrift zur Deutschen Frage. Gedankenskizze für den Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion, März/April 1962. In: Benz u.a. (Hrsg.): Einheit (wie Anm. 73), S. 185–204; Siekmeier: Restauration (wie Anm. 73), S. 103–110, 118–122.

76 Vgl. Weber: Linkoliberalismus (wie Anm. 40), S. 160–170.

77 Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Meisenheim am Glan 1977, S. 158–162.

78 Schollwer: Verklammerung (wie Anm. 75), S. 185.

teresse Deutschlands liege. Die beiden deutschen Staaten sollten ihre Funktionen als „Speerspitzen des Westens und Ostens im Kalten Krieg“ zugunsten eines neuen Modells der Verständigung zwischen Ost und West aufgeben. Eine „neue europäische Friedensordnung“ setze nicht unbedingt den Zusammenschluss getrennter Volksteile, aber die „allmähliche Überwindung politischer Unterdrückungsmaßnahmen in ganz Europa voraus“.<sup>79</sup>

Der Hannoveraner FDP-Bundesparteitag von 1967, der die tiefen Risse in der Deutschland- und Ostpolitik offenbarte, trug schließlich im Aktionsprogramm „Ziele des Fortschritts“ die friedenspolitischen Überlegungen Schollwers und anderer Reformer zum größten Teil mit. Zwar setzte das Programm in Kontinuität zur gesamtdeutschen Prägung die „friedliche Vereinigung der Deutschen in freiheitlicher demokratischer Ordnung“ an die erste Stelle. Doch erklärte es die „europäische Friedensordnung“ zum Ziel, deklarierte die Entspannung in Europa zur wichtigen Aufgabe und bekräftigte den „Verzicht auf die Anwendung von Gewalt“, der für alle Grenzen gelte. Als Mittel der Entkampfung setzte man nun auf die „Verklammerung“ und ein „zeitlich begrenztes geregeltes Nebeneinander beider deutscher Teilgebiete“, um das „Solidaritätsgefühl der Deutschen“ zu stärken und eine Liberalisierung in Ostdeutschland anzustoßen. In einer eigentümlichen Verbindung entspannungs- und nationalpolitischer Semantiken argumentierte die FDP, die Deutschen seien „es der Würde ihrer Nation wie dem Weltfrieden, dessen Aufrechterhaltung ihre Lebensinteressen gebieterisch verlangen, schuldig, sich untereinander zu verständigen“.<sup>80</sup>

In eben diese Kerbe hieb auch Peter Menke-Glückert: Deutschland müsse einen besonderen Beitrag zum Weltfrieden leisten, um nun nicht mehr kriegs-, sondern friedenspolitisch hervorzutreten. Mithin unterstützte er Schollwers entspannungspolitischen Kurs und generell die Neuorientierung der Partei; und er prägte diesen Kurs mit, auch wenn ein direkter Einfluss Menke-Glückerts auf Schollwer nicht nachweisbar ist. Die Zeitschrift „liberal“ gab er gemeinsam mit profilierten Sozialliberalen wie Hans Wolfgang Rubin, Karl-Hermann Flach und Hildegard Hamm-Brücher heraus.

Der neue entspannungspolitische FDP-Kurs indes betonte zugleich die friedliche Funktion wirtschaftlichen Austauschs und votierte deshalb für neue deutsch-deutsche Handelskommissionen und eine „wechselseitige Einbeziehung“ von Bundesrepublik bzw. DDR in die EWG und den Rat für ge-

79 Wolfgang Schollwer: Deutschland- und Außenpolitik. Arbeitspapier für den FDP-Bundesvorstand, Januar 1967. In: Benz u.a. (Hrsg.): Einheit (wie Anm. 73), S. 208-217, Zit. S. 213f; zur innerparteilichen Diskussion auch Fraktionssitzung vom 18.4.1967. In: Volker Stalmann (Bearb.): Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1969. Zweiter Halbband Januar 1963 bis Juni 1969. Düsseldorf 2017, S. 1263 f.

80 Ziele des Fortschritts. Aktionsprogramm der Freien Demokratischen Partei (107 Thesen), XVIII. Bundesparteitag 1967. In: Juling (Hrsg.): Programmatische Entwicklung (wie Anm. 77), S. 180-199, hier S. 197.

genseitige Wirtschaftshilfe als Weg zu einem gesamteuropäischen Wirtschaftssystem.<sup>81</sup> Dieser genuin liberale Aspekt einer Friedenssicherung durch Handel spielte hingegen für den auf politische Planung und Expertise konzentrierten Menke-Glückert nur eine untergeordnete Rolle. Er versuchte, Kontakte zwischen Wissenschaft und Politik zu etablieren, um die Friedensforschung als Reservoir wissenschaftlicher Expertise für die bundesdeutsche Deutschland- und Außenpolitik – und für innenpolitische Felder – anzuempfehlen.

Es war deshalb folgerichtig, dass Menke-Glückert im Herbst 1967 eine Fachkonferenz in der Theodor-Heuss-Akademie der parteinahmen Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach organisierte, die sich der Friedensforschung widmen und eine größere Tagung vorbereiten sollte. Die Stiftung plante, im Fall eines erfolgreichen Verlaufs regelmäßige Konferenzen zu diesem Thema anzusetzen.<sup>82</sup> Die Vorbereitung übernahm der Studienleiter der Stiftung Reinhold Schulze, Mitte der 1950er Jahre außenpolitischer Referent in der FDP-Bundesgeschäftsstelle. An der Konferenz nahm nicht nur der Geschäftsführer der Stiftung Barthold C. Witte teil, sondern mit Oberregierungsrat Hans Sauer auch ein einflussreicher Vertreter des Wissenschaftsministeriums.<sup>83</sup> Menke-Glückert gelang es, zwei der prominentesten Protagonisten der internationalen Friedensforschung für einen Vortrag zu gewinnen. Der Niederländer Bert Röling, Generalsekretär der „International Peace Research Association“, zog eine Bilanz der Friedensforschung als „neue(r) Wissenschaft“, und Johan Galtung sprach über die Zukunftsaufgaben der Friedensforschung. Den Abendvortrag mit dem charakteristischen Titel „Der Frieden kann geplant werden!“ hielt Menke-Glückert selbst; er reiste aus Paris an und war laut Tagungsprotokoll „erschöpft“ und „nur sehr unzureichend vorbereitet“. Darüber hinaus erhielten Protagonisten verschiedener Institutionen der bundesdeutschen Friedensforschung die Gelegenheit, sich dem Plenum zu präsentieren. Dazu gehörten die FEST, das Otto-Suhr-Institut der FU mit Theodor Ebert und die VDW. Hinzu kam der „Abrüstungsausschuss des Liberalen Studentenbundes“, den engagierte Jungdemokraten während der Tagung konstituierten und der, so das Tagungsprotokoll, sich mit neuen Ansätzen der sozialen Verteidigung und einer Disengagement-Zone in Europa beschäftigen wollte.<sup>84</sup>

81 Ebd.

82 So Wasmuth: Geschichte (wie Anm. 5), S. 154, aus einem internen Schreiben.

83 Zu den Teilnehmern Friedrich-Naumann-Stiftung, Reinhold Schulze, an Helmut Rosenfeld, 30.10.1967. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 2.

84 O.V., Bericht über die Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach vom 2. bis 5.11.1967 über das Thema „Friedensforschung“, 20.11.1967 und 15.11.1967. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 2.

Die Tagung diskutierte nicht nur Kennedys Deutung des Friedens als andauernden Prozess, sondern auch Definitionsformen des Friedens, die Galtung prominent ein Jahr später niederlegte, nämlich die Unterscheidung zwischen dem negativen Frieden als Absenz des Krieges und dem positiven Frieden; letzterer wurde hier sehr offen und kommunitaristisch anmutend als „Leben in einer gemeinsam konzipierten Form“ gefasst. Röling betonte, dass es nicht möglich sei, Konflikte zu lösen, ohne dabei den positiven Frieden im Auge zu haben. Zudem brach eine Kontroverse über die Interaktion zwischen Friedensforschung und der Lehre der internationalen Beziehungen auf: Czempiel erklärte, dass sich letztere seit ihrer Begründung 1919 die „Rationalisierung der internationalen Beziehungen zum Zweck der Friedenssicherung“ zur Aufgabe gemacht habe. Nur durch den Aufstieg der USA zur Weltmacht nach 1945 sei eine „Verschiebung der Ziele ins Pragmatische“ eingetreten. Dagegen setzte Röling, die Friedensforschung arbeite interdisziplinär und trage einen pädagogischen Ansatz, da sie eine Veränderung der Zustände anstrebe. Dies sei, so das Protokoll, schließlich auch von Czempiel akzeptiert worden.<sup>85</sup> Mithin brachte die Tagung Protagonisten unterschiedlicher Strömungen der Friedensforschung in einen produktiven Austausch. Zugleich trug sie neue Konzepte, die den Friedensbegriff weiter fassten und eine Entspannungs- und Gewaltverzichtspolitik wissenschaftlich unterlegten, mittelbar in die FDP hinein.

An das Treffen in Gummersbach schloss sich die angekündigte Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung unter dem Titel „Der geplante Frieden“ an, die im April 1968 in Baden-Baden stattfand. An dieser nahmen über 200 Personen teil, darunter die Führungsriege der Naumann-Stiftung mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Paul Luchtenberg, Vorstandsmitglied Werner Stephan und Barthold C. Witte sowie Vertreter der Liberalen Weltunion. Der frühere FDP-Justizminister Schleswig-Holsteins Bernhard Leverenz übernahm die Diskussionsleitung. Das Referat des neuen Parteivorsitzenden Walter Scheel, der erkrankt war, wurde verlesen. Darin präsentierte Scheel entspannungspolitische Überlegungen als „Katalog progressiver Maßnahmen zur Entwicklung einer Friedensordnung“, zu denen er weitreichende Forderungen nach Abzug der Nuklearwaffen aus Mitteleuropa, Gewaltverzichts- und Schlichtungsabkommen und ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem (die spätere KSZE) rechnete; notwendig sei als innenpolitische Konsequenz die „Institutionalisierung der Friedensforschung in all ihren Bereichen“. Auch Menke-Glückert trug erneut seine Argumente für eine systematische Förderung und Einbeziehung der Friedensforschung in die Politikberatung vor. Ein sehr prononziert vertretener Vertreter eines Entspannungskurses innerhalb der FDP, der später

<sup>85</sup> Ebd.; siehe auch Protokoll Fachkonferenz Friedensforschung, 2.–5.11.1967. In: Archiv des Liberalismus (ADL), Bestand Friedrich-Naumann-Stiftung 8477.

als Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit enttarnte William Borm, warb für einen deutschlandpolitischen Kurs, der die Anerkennung der DDR insinuierte: Es sei ein Politikum, dass die Bundesrepublik als einziger Staat in Europa mit ihrem Status und ihren Grenzen nicht einverstanden sei. Zudem referierten erneut Bert Röling sowie der Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, Swidbert Schnippenkötter.<sup>86</sup>

In Baden-Baden schlug Menke-Glückert die Bildung einer Berufsvereinigung der Friedensforscher vor. Dies stieß auf breite Zustimmung. Zum einen erhofften sich viele Wissenschaftler davon höhere Chancen auf adäquate wissenschaftliche Stellen und mehr politische Schlagkraft, zumal den entstehenden Netzwerken der Friedensforschung überproportional viele jüngere Forscherinnen und Forscher angehörten.<sup>87</sup> Zum anderen versprachen sich auch die anwesenden Vertreter aus der Politik, mithilfe einer organisierten Friedensforschung eine sich ankündigende neue Ostpolitik wissenschaftlich zu rechtfertigen.<sup>88</sup> Es ist deshalb nicht überraschend, dass die Naumann-Stiftung eine weitere Zusammenkunft forderte, um eine solche Arbeitsgemeinschaft ins Leben zu rufen.<sup>89</sup> Auf Einladung der Stiftung und des Politikwissenschaftlers Iring Fettscher fanden sich im Juni 1968 im Institut für Politikwissenschaften der Universität Frankfurt am Main 16 WissenschaftlerInnen bzw. Vertreter der Wissenschaftsverwaltung und -politik – darunter Menke-Glückert, Theodor Ebert und Dieter Senghaas – zusammen, um die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) ins Leben zu rufen. Diese konstituierte sich als Verein, der als Sektion der „International Peace Research Association“ firmieren sollte. Interims-Vorsitzender wurde der Völkerrechtler Otto Kimminich, der in den vorhergehenden Tagungen keine auffällige Rolle gespielt hatte. Als Aufgaben der AFK definierte der Kreis nicht nur die Bestandsaufnahme laufender Forschungsaufgaben und Forschungslücken sowie die Information der Mitglieder. Vor allem sollte die AFK einen neuen Forschungsstil durch „Zusammenwirken von Gesellschaft, Wissenschaft und Regierung“ erproben. Zugleich war einem Aktionsaus-

- 86 Bericht über die vom 4. bis 6. April 1968 von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Baden-Baden durchgeführte Arbeitstagung „Der geplante Frieden“. In: ebd. 8494; siehe auch Arbeitstagung „Der geplante Frieden“. Baden-Baden, 4.–6.4.1968 sowie Menke-Glückert: Ziele und Methoden (wie Anm. 65).
- 87 O.V., Bericht über die Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach vom 2. bis 5.11.1967 über das Thema „Friedensforschung“, 20.11.1967 und 15.11.1967. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 2.
- 88 Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 155, zitiert aus einem Interview mit der Friedensforscherin Gerda Zellentin; vgl. Helmut Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme der Friedensforschung in der Bundesrepublik. In: Karl Kaiser (Ed.): Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik. Düsseldorf 1971, S. 283–293.
- 89 Barthold C. Witte an Peter Menke-Glückert, 19.9.1968, mit dem Verweis auf die „von uns bisher so erfolgreich vorangetrieben(e)“ Initiative der Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung. In: ADL, Nachlass Luchtenberg, N 113-19.

schuss aufgegeben, eine Satzung für eine eigentliche Gründungsversammlung vorzubereiten.<sup>90</sup>

Diese Gründungsversammlung der AFK fand im September 1968 in der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGfAP) statt, deren Mitarbeiterin Helga Haftendorn die Sitzung gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung organisierte. Die verabschiedete Satzung unterschrieben sieben Personen – darunter mit Menke-Glückert und Reinhold Schulze zwei Vertreter der FDP bzw. der Naumann-Stiftung. Der AFK, die sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen finanzierte, traten neben Einzelmitgliedern korporative Organisationen wie die FEST und dann auch die DGfAP bei. Menke-Glückert wurde mit einer knappen Mehrheit der Stimmen zum Vorstandsvorsitzenden, Haftendorn zur geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt (aus vereinsrechtlichen Gründen zunächst bis Ende 1968).<sup>91</sup> Letzteres Amt übernahm nach einer Vorstandssitzung im März 1969 Menke-Glückert. Vorstandsvorsitzender wurde Klaus Gottstein. Der Abteilungsleiter am Max-Planck-Institut für Physik, langjähriges Vorstandsmitglied der VDW, hatte seit den frühen 1960er Jahren enge Verbindungen in die internationale Friedensforschung und 1966 eine Zusammenkunft westdeutscher Friedensforscher organisiert; er sollte – auch auf Betreiben Menke-Glückerts – AFK und VDW enger verzahnen. Als Geschäftsführer ergänzte Helmut Rosenfeld, pensionierter Beamter und FDP-Mitglied, auf Vermittlung Werner Stephans das Führungstrio, nachdem die Naumann-Stiftung – so Menke-Glückert – „die Geschäftsführung nicht fortführen wollte (oder konnte)“.<sup>92</sup> Gottstein organisierte für die AFK mit der VDW 1970 ein erstes großes Kolloquium zu „Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik“, an dem über 280 Personen teilnahmen. Zudem schuf die AFK ein eigenes Jahrbuch und installierte Arbeitsgruppen.<sup>93</sup>

Die Naumann-Stiftung hatte mithin die administrative Alimentierung der AFK nicht fortgeführt. Dennoch hatte sich in der Führung der Bundespartei und im Reformflügel ein Bewusstsein für die Bedeutung einer Friedensforschung etabliert. Die FDP-Bundestagsfraktion richtete im Juni 1969 eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung, die eine finanzielle Unterstützung

- 90 Reinhold Schulz: Kurzprotokoll der vorbereitenden Sitzung zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Friedensforschung am 13. Juni 1968 in Frankfurt am Main 26.7.1968. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 2.
- 91 Protokoll über die konstituierende Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung am 28.9.1968 im Hause der DGfAP in Bonn. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 2; vgl. Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88), S. 285.
- 92 Menke-Glückert an Rosenfeld, 25.12.1969. In: ADL, Nachlass Rosenfeld, N 48-1; Gottstein an Menke-Glückert, 15.5.1968; Menke-Glückert an Gottstein, 3.2.1969; Gottstein an Menke-Glückert, 7.2.1969. In: Privatarchiv (PA) Klaus Gottstein, Ordner AFK Politikwiss. M-Z; vgl. Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88), S. 286–288.
- 93 Vgl. Kaiser (Red.): Bedrohungsvorstellungen (wie Anm. 88).

der Bemühungen um Koordinierung der Friedens- und Konfliktforschung durch den Bund – Auswärtiges Amt, Verteidigungs-, Innen- oder Wissenschaftsministerium – insinuierte. Die Fraktion erkundete, ob die Bundesregierung die Auffassung teile, dass es eine europäische Friedensordnung erfordere, „Entscheidungshilfen und Modelle durch die Forschung zu erhalten“, und erkundigte sich nach den Instrumenten der „Friedensplanung“. Erkennbar manifestierten sich hier Menke-Glückerts Überlegungen.<sup>94</sup> Auch das FDP-Programm für die Bundestagswahl 1969 benannte als Ziele nicht nur die europäische Friedensordnung und ein europäisches Sicherheitssystem, was den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen und – deutlicher als Scheel dies 1968 formuliert hatte – Verhandlungen mit der DDR und die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs implizierte. Ebenso verwies die FDP nun darauf, dass äußere und innere Politik „untrennbar“ seien und dass die Friedens- und Konfliktforschung „die wissenschaftlichen Voraussetzungen dafür“ schaffe, eine europäische Friedensordnung zu erreichen; zu dieser rechnete die FDP nun auch die Nord-Süd-Politik. Neben der Bundeswehr, die die Sicherheit garantiere, führte das Programm explizit das in der Friedensforschung erarbeitete Konzept der zivilen Verteidigung an.<sup>95</sup>

Nicht nur in der FDP, sondern auch in der SPD war das Anliegen der Friedensforschung auf Resonanz gestoßen. Der Parteivorsitzende Willy Brandt hatte sich ja bereits seit seinen Berliner Jahren der Konzeptionalisierung des „Wandels durch Annäherung“, der neuen Ostpolitik und dem Thema Frieden gewidmet. 1968/69 unterlagen Teile der Partei nachgerade einer Planungsbegeisterung und entfalteten ein starkes Interesse an der Zukunftsforschung<sup>96</sup>, und damit rückte auch die Friedensforschung in den Fokus der Sozialdemokratie. Der neue Bundespräsident Gustav Heinemann, der ehedem wegen der Wiederbewaffnung als Innenminister zurückgetreten war und über die Gesamtdeutsche Volkspartei in die SPD gefunden hatte, verwies in seiner Antrittsrede am 1. Juli 1969 auf die Notwendigkeit, die militärischen, sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Zusammenhänge zwischen Rüstung, Abrüstung und Friedenssicherung wissenschaftlich zu erforschen. Damit griff er den weiten Friedensbegriff der Friedensforschung auf, der auch innergesellschaftliche und wirtschaftliche Faktoren und Konfliktlagen einbe-

94 Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Friedensforschung, 26.6.1969. In: Deutscher Bundestag, Drs. V/4371.

95 Praktische Politik für Deutschland – Das Konzept der F.D.P. verabschiedet vom 20. Ordentlichen Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei am 25. Juni 1969 in Nürnberg. In: Juling (Hrsg.): Entwicklung (wie Anm. 77), S. 200-209, hier S. 207 f.

96 Vgl. Elke Seefried: Partei der Zukunft? Der Wandel des Fortschrittsverständnisses der SPD 1960-2000. In: Fernando Esposito (Hrsg.): Zeitenwandel. Transformationen geschichtlicher Zeitlichkeit nach dem Boom. Göttingen 2017, S. 193-225.

zog.<sup>97</sup> Noch im Juli 1969 wurde Menke-Glückert bei Egon Bahr, Chef des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, bezüglich einer Förderung der AFK vorstellig, zunächst ohne Erfolg.<sup>98</sup> Nach der Bildung der sozialliberalen Koalition, welche die FDP zurück in die Regierung brachte, erklärte Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung, dass die Regierung „die Initiative des Herrn Bundespräsidenten aufgreifen und die Friedensforschung [...] koordinieren“ werde. Carl Friedrich von Weizsäcker sollte der Regierung dafür beratend zur Seite stehen.<sup>99</sup>

Damit bereitete die sozialliberale Koalition den Boden für eine öffentliche Förderung der Friedensforschung. Hatte Menke-Glückert aber gehofft, dass die AFK jene „effektive Organisation“ werde, die der Bund zu einer Art Forschungsinstitut für Friedensforschung aufbaue<sup>100</sup>, so wurde rasch deutlich, dass die Regierung vor allem eine eigene Förderinstanz schaffen wollte, die die politische Alimentierung der Friedensforschung steuern und deren politische Unabhängigkeit sichern sollte. Dabei kam dem nun FDP-geleiteten Auswärtigen Amt (AA) eine zentrale Rolle zu. Im Herbst 1969 gelangte ein Entwurf aus dem Außenamt, der Leitlinien für die Bildung und Förderungsschwerpunkte einer „Deutsche(n) Gesellschaft zur Förderung der Friedensforschung“ skizzierte, in die Presse – unter anderem in der „freien demokratischen Korrespondenz“. Erstellt worden war er nicht vom Parlamentarischen Staatssekretär Ralf Dahrendorf, dem neuen Star der FDP, der sich ja als Experte für Konfliktsoziologie profiliert hatte und dem das Papier zunächst zugeschrieben wurde, sondern von Botschafter Helmut Roth aus dem Planungsstab des AA (einem Sozialdemokraten) sowie dem Bonner Politikwissenschaftler Hans-Adolf Jacobsen (der FDP-Mitglied war). Dem Entwurf entsprechend sollte ein ehrenamtlich arbeitendes Kuratorium die staatliche Förderung der Friedensforschung organisieren und Themen festlegen; dazu gehörten Kriegsverhütung, Konfliktursachen und Konfliktbeherrschung, regionale Sicherheitssysteme und die Organisation des Friedens, ferner die Erziehung zum Frieden. Damit folgte man ebenfalls einem geweiteten Friedensbegriff.<sup>101</sup> Über inhaltliche Fragen hinaus erschien dem Vorstand der AFK im Roth-Jacobsen-Papier hingegen die wissenschaftliche Selbstorganisation und Unabhängigkeit nicht genügend berücksichtigt. Nun preschte die

97 Vgl. Gustav Heinemann: Antrittsrede, 1.7.1969. In: Deutscher Bundestag. Sten. Berichte 5. Wahlperiode, S. 13664-13667, hier S. 13665; zu Heinemanns Wirkung Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88), S. 285.

98 Menke-Glückert an Bahr, 17.7.1969. In: AdsD, Vorstand AFK, Mappe 1.

99 Willy Brandt: Regierungserklärung, 28.10.1969. In: Deutscher Bundestag. Sten. Berichte 6. Wahlperiode, S. 20-34, hier S. 30.

100 Menke-Glückert an Staatssekretär im Bundespräsidialamt, Dietrich Spangenberg, 17.7.1969. In: ADL, Nachlass Rosenfeld N 48-1.

101 Vgl. Wasmuth: Geschichte (wie Anm. 5), S. 199; Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88).

VDW vor, weil deren Geschäftsführer Horst Afheldt in Abstimmung mit Botschafter Roth – also dem Auswärtigen Amt – einen Alternativ-Entwurf ausarbeitete (den der von Menke-Glückert wenig gelittene Publizist Claus Koch mit verfasste). Menke-Glückert hatte – obwohl ja das Auswärtige Amt nun FDP-geführt war – offenkundig keinen privilegierten Kontakt in das Außenministerium.

Hingegen beauftragten der AFK-Vorstand und sein einflussreicher „Methodenausschuss“ (dem Weizsäcker und Picht angehörten) Karl Kaiser, ein Gutachten zu erstellen, und warben hierfür Mittel der Volkswagen-Stiftung ein. Ein zweites Papier für die AFK lieferte der junge Bonner Politikwissenschaftler Theo Schiller, der 1963/64 als stellvertretender Bundesvorsitzender des Liberalen Studentenbundes agierte und 1974 Vorsitzender der Jungdemokraten werden sollte. Die Autoren und Vertreter von AFK und VDW erarbeiteten dann gemeinsam ein Konzept, welches das Programm Friedensforschung über eine neue Stiftung abseits bestehender Förderungsformate zu organisieren gedachte. Dieses freie Konzept ließ sich in den Verhandlungen, die zunächst im Auftrag des neuen parteilosen Wissenschaftsministers Hans Leussink der Wissenschaftsrat führte, nicht voll durchsetzen. In diesen Verhandlungen spielte Weizsäcker als Berater der Regierung und öffentlicher Intellektueller eine Schlüsselrolle; Menke-Glückert war nicht Teil dieser Verhandlungsdelegation.<sup>102</sup>

In einer Kompromisslösung entstand die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) im Oktober 1970 als Bund-Länder-Konstruktion, mit einem Kuratorium, das die Grundsätze der Förderung konzipierte und als vermittelnde Instanz zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit wirkte, und einer Kommission, die bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gebildet wurde und die über Förderungsanträge entschied. In das Kuratorium der DGFK wurden nicht nur Vertreter von Bund und Ländern, Wissenschaft und Verbänden, sondern auch Repräsentanten der Bundestagsfraktionen entsandt.<sup>103</sup> Die FDP-Fraktion entsandte Peter Menke-Glückert.<sup>104</sup>

102 Vgl. ebd.; Wasmuth, Geschichte (wie Anm. 5), S. 159-164.; Korrespondenz Menke-Glückert – Gottstein; Menke-Glückert an Roth, 16.12.1969. In: PA Gottstein, Ordner AFK Allg. Korr. ab 1.8.1969; Rosenfeld an Menke-Glückert, 13.12.1969. In: ADL, Nachlass Rosenfeld, N 48-1; Protokoll der AFK-Mitgliederversammlung vom 27.2.1970 in Frankfurt am Main, 24.3.1970. In: AdsD, Vorstand AFK, Mappe 1; das Gutachten Kaisers wurde veröffentlicht als Kaiser: Friedensforschung (wie Anm. 4).

103 Vgl. Wasmuth: Geschichte (wie Anm. 5), S. 197-216.

104 FDP-Fraktion, Wolfgang Mischnick, an Staatssekretärin im Kanzleramt Katharina Focke, 15.10.1970. In: ADL, FDP-Bundestagsfraktion, A 49-161; Ministerbüro, Woelker, an Minister Scheel, 8.12.1970. In: ADL, Bestand Scheel, A 35-4.

#### IV.

Mithin hatten der Liberale Menke-Glückert und die Friedrich-Naumann-Stiftung eine wichtige initiierende Rolle in der Institutionalisierung der bundesdeutschen Friedensforschung gespielt. Dieser Prozess interagierte mit dem Wandel hin zu neuen entspannungs- und ostpolitischen Konzeptionen – und einem neuen, geweiteten Friedensbegriff – in der FDP. Wie sich das Verhältnis des Liberalismus zu Friedensforschung und Friedenspolitik in den 1970er und 1980er Jahren entwickelte, ist in künftigen Forschungen genauer zu analysieren.<sup>105</sup> Doch deutet sich an, dass diese liberale Schlüsselrolle erodierte.

Menke-Glückert kandidierte auf der Mitgliederversammlung der AFK in Frankfurt Anfang 1970 für den stellvertretenden Vorsitz, unterlag aber Dieter Senghaas, der zum Kreis der kritischen Friedensforscher gehörte.<sup>106</sup> Vorsitzender wurde Karl Kaiser. Dessen Gutachten für die VW-Stiftung hatte Menke-Glückert hart kritisiert, weil es in seinen Augen den Beitrag von Naturwissenschaft und Technik, von Zukunftsforschung und Systemanalyse für die Friedensforschung nicht genügend berücksichtigte<sup>107</sup> und zugleich in einer Fixierung auf internationale Beziehungen und „Bonner Tagespolitik“ die Pluralität der Ansätze in der Friedensforschung nicht genügend abgebildet habe.<sup>108</sup> Hintergrund war wohl auch, dass Kaiser eine Konzentration auf Steuerungs- und Planungsmodelle als Szientismus und „Gefahr“ für die Friedensforschung bezeichnete, und dabei hatte er sich erkennbar auf Menke-Glückert bezogen.<sup>109</sup> Der Liberale wirkte noch im Vorstand, spielte aber in der AFK – die in den 1970er Jahren in finanzielle Probleme geriet – keine herausragende Rolle mehr.<sup>110</sup> Dennoch unterstützten er und andere Linksliberale in den 1970er Jahren die Sache der Friedensforschung. Innenminister Gerhart Baum betraute Menke-Glückert, der als Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium zwischenzeitlich für Sport und Medien zuständig war, 1977 mit dem Thema Zivile Verteidigung. Die Jungdemokraten, die in den

105 Zu Hans-Dietrich Genscher vgl. Agnes Bresselau von Bressendorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979-1982/83. Berlin u.a. 2015.

106 AFK, Protokoll der Mitgliederversammlung vom 27.2.1970 in Frankfurt, 24.3.1970. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 1; Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88), S. 191.

107 Menke-Glückert an Kaiser, 18.2.1970. In: PA Gottstein, Ordner AFK Allg. Korr. ab 1.8.1969.

108 Menke-Glückert an Gottstein, 1.3.1970; vgl. Menke-Glückert an Gottstein, 21.2.1970. Beides in: ebd.

109 Kaiser: Friedensforschung (wie Anm. 4), S. 62. Diesen Dissens zwischen Menke-Glückert und Kaiser bestätigte im Gespräch auch Klaus Gottstein (23.4.2019).

110 Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88), S. 293.

1970er Jahren weit links von der Bundespartei positioniert waren, zeigten sich gar offen für dezidiert kritische Ansätze der Friedensforschung.<sup>111</sup>

Doch die Friedrich-Naumann-Stiftung führte die 1967/68 aufgebotene starke personelle und finanzielle Unterstützung der Friedensforschung nicht weiter. Auch das vom FDP-Vorsitzenden Scheel geführte Auswärtige Amt bzw. dann das Bundespräsidialamt lieferten den Friedensforschern nicht jene Unterstützung, die sie sich erhofft hatten, zumal die federführende Zuständigkeit für die Friedensforschung 1970 beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) lag.<sup>112</sup> So sprach Ernst-Otto Czempiel als Vorsitzender der DGFK 1975 bei Bundespräsident Scheel vor; er klagte über die fehlende Unterstützung der Friedens- und Konfliktforschung durch die Parteien und erkundete, in welcher Weise die Friedensforschung für die Außenpolitik „hilfreich“ sein könne. Scheel erteilte den wenig zielführenden Rat, „nicht im akademischen Bereich zu verharren“, sondern die breite Öffentlichkeit anzusprechen, und wegen der politikberatenden Funktion einmal mit der „Gesellschaft für Politik und Wissenschaft“ (gemeint war wohl die Stiftung Wissenschaft und Politik) zu sprechen.<sup>113</sup>

1979 votierte der Freistaat Bayern dafür, die Förderung der DGFK einzustellen, und dem folgten wenig später auch andere CDU/CSU-regierte Länder. Die FDP forderte im Programm für die Bundestagswahlen 1980 hingegen, den Ausfall von Ländermitteln in der DGFK über den Bund aufzufangen.<sup>114</sup> Als der Zerfall der DGFK absehbar war, sprachen sich die zuständigen Arbeitskreise der Bundestagsfraktion und die FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz dafür aus, eine Dachorganisation auf föderaler Basis zu schaffen, um die pluralistische Struktur der Friedens- und Konfliktforschung zu erhalten.<sup>115</sup> Nachdem die Partei den Koalitionswechsel hin zur Union vollzogen hatte, pochte Menke-Glückert, im CSU-geführten Innenministerium in den Ruhestand versetzt, auf die Wahlausagen von 1980.<sup>116</sup> Auch das Wahl-

111 Vgl. Martin Diebel: Atomkrieg und andere Katastrophen. Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik und Großbritannien nach 1945. Paderborn 2017, S. 116; Deutsche Jungdemokraten: Jungdemokraten für Abrüstung (Redaktion: Berthold Meyer). Bonn 1978.

112 Deutscher Bundestag, Auswärtiger Ausschuss, 2. Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle: Bericht über Stand der Organisation der Friedensforschung, 22.9.1970. In: ADL, Bestand Scheel, A35-4.

113 Vermerk Döning, 20.6.1975. In: ebd., N 82-73.

114 Wahlprogramm der Freien Demokratischen Partei für die Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980. Verabschiedet auf dem Bundesparteitag Freiburg, 7.6.1980. In: FDP (Hrsg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. 1980 bis 1990. Baden-Baden 1990, S. 12-84, hier S. 14-26.

115 FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Arbeitskreis V. Blaukat, Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, 8.6.1982, und Pressemeldung der 73. Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Wiesbaden. In: ADL, Bestand Mischnick, A 41-331.

116 Menke-Glückert an Mischnick, 2.12.1982. In: ADL, Bestand Helmut Schäfer, N74-234; vgl. Menke-Glückert: Frieden als Verfassungsauftrag. In: liberal 23 (1981), S. 814-822.

programm 1983 nahm nochmals auf die notwendige Finanzierung der Friedens- und Konfliktforschung und die „aktive Friedenserziehung an unseren Schulen“ Bezug.<sup>117</sup> Nachdem allerdings ein Gutachten des Wissenschaftsrates empfahl, die Förderung angesichts der politischen Polarisierung auf die DFG zu übertragen und die Vermittlungsarbeit in die Hände der HSFK oder Landeszentralen für politische Bildung zu legen,<sup>118</sup> ließ sich der Plan von Sozialliberalen wie Olaf Feldmann und Hildegard Hamm-Brücher, eine eigene Stiftung zu begründen, in der Fraktion und der Koalition nicht mehr durchsetzen.<sup>119</sup> Die DGFK löste sich 1983 erzwungenermaßen auf. Die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung übernahm die DFG. Zudem richtete die HSFK eine kleine Arbeitsstelle Friedensforschung in Bonn ein.<sup>120</sup>

Warum die liberale Unterstützung der Friedensforschung in den 1970er und frühen 1980er Jahren bröckelte, ist nicht monokausal zu erklären. Erstens ließ sich zweifellos argumentieren, dass die Friedensforschung mit der Gründung der DGFK institutionalisiert war und systematisch Bundesmittel erhielt. Hinzu kamen die Neugründungen des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, das 1970 in Starnberg seine Pforten öffnete, der HSFK in Frankfurt und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Eine dezidierte Alimentierung der Friedensforschung durch Parteien oder politische Stiftungen erschien nicht unbedingt notwendig. Gleichwohl sah sich die AFK als Berufsvereinigung der Friedensforscher, die eben den pluralistischen Geist der neuen Disziplin sichern sollte, von politischer Förderung weitgehend abgekoppelt.<sup>121</sup>

Zweitens unterlag die Friedens- und Konfliktforschung in den 1970er Jahren einer Politisierung, ja Ideologisierung und Polarisierung. Eine solche Entwicklung wurzelte ein Stück weit im Selbstverständnis der Friedensforschung als angewandter, engagierter Wissenschaft, die eine ganz enge Koppelung von Wissenschaft und Politik insinuierte; dieses dezidiert normative Wissenschaftsverständnis drohte die Grenzen der Wissenschaftlichkeit zu

117 Wahlausage der Bundestagswahl 1983. Verabschiedet auf dem Bundesparteitag Freiburg, 29./30.1.1983. In: FDP (Hrsg.): Programm der Liberalen (wie Anm. 114), S. 191-213, hier S. 200.

118 FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Arbeitskreis V, Friedens- und Konfliktforschung – Empfehlung des Wissenschaftsrates, 16.5.1983. In: ADL, Nachlass Friedrich Neuhausen, N59-68.

119 Deutscher Bundestag, 10. WP, Beschuß der F.D.P.-Bundestagsfraktion 15/83 und Protokoll Fraktion, 6.9.1983. In: ADL, Bestand Mischnick, A 41-78.

120 Vgl. Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 329-340; Koppe: Geschichte (wie Anm. 5), S. 37-40.

121 So auch Klaus Gottstein im Gespräch am 23.4.2019.

verwischen und trug zu einer wachsenden Politisierung bei.<sup>122</sup> Dass die kritische und die „traditionelle“, vornehmlich auf die internationalen Beziehungen gerichtete Friedens- und Konfliktforschung in den 1970er Jahren konfilierten, lässt sich darüber hinaus mit den Einflüssen neomarxistischer Ansätze in der kritischen Friedensforschung und einer gewissen Gegenbewegung der „Tendenzwende“ erklären. Dynamisiert durch die 1968er-Protestbewegung, den Regierungswechsel und Ideen der Neuen Linken, positionierten sich kritische Friedensforscher dezidiert links und nahmen sich emphatisch der Sache der wirtschaftlich „Ausgebeuteten“ in innenpolitischer Hinsicht und im Nord-Süd-Verhältnis an, wie in der „Wannsee-Erklärung“ kritischer Friedensforscher 1971 deutlich wurde: „Kritische Friedensforscher begreifen sich als Parteigänger von Menschen, die durch die ungleiche Verteilung sozialer und ökonomischer Lebenschancen in und zwischen Nationen (d.h. durch strukturelle Gewalt) betroffen sind: von Ausgebeuteten, von sozial Diskriminierten und in ihrer physischen Existenz Bedrohten“.<sup>123</sup> Nur ein kleiner Teil ging so weit, sich als „revolutionäre Konfliktforschung“ gegen die „ideologisch Verblendeten“ der traditionellen Friedensforschung zu stellen<sup>124</sup> oder – wie eine von der DGFK geförderte Arbeit – alltägliche Gewalt als strukturelle Gewalt zu untersuchen; dies las der DGFK-Vorsitzende Werner Link als Entgrenzung des Gewaltbegriffs, die auch „Gegengewalt“ als Widerstand gegen die Staatsgewalt rechtfertigen konnte.<sup>125</sup> Die Bayerische Staatsregierung jedenfalls erklärte mit Blick auf die Förderungspraxis den Austritt des Freistaates aus der DGFK. Zudem wurde 1981 nach der Emeritierung Weizsäckers und dem Weggang von Jürgen Habermas auch das Starnberger Max-Planck-Institut aufgelöst.<sup>126</sup> Der Streit der Friedensforscher und die erkennbare Ideologisierung unterminierten zweifellos die Position der FDP, pluralistische Ansätze zu fördern.

Drittens positionierte sich die FDP in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre inhaltlich neu. Die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition schien mit

- 122 Jacobsen: Friedensverständnis. In: DGFK-Informationen 2/1983, zitiert nach Hauswedell: Friedenswissenschaften (wie Anm. 5), S. 238.
- 123 Erklärung zur Friedensforschung. Angenommen auf einer wissenschaftlichen Tagung „Zum Stand kritischer Friedensforschung“ am 24./25. April 1971 in der Ev. Akademie Berlin-Wannsee. In: Senghaas (Hrsg.): Kritische Friedensforschung (wie Anm. 25), S. 416-419.
- 124 Lars Dencik: Plädoyer für eine revolutionäre Konfliktforschung. In: ebd., S. 247-270, hier S. 268.
- 125 Werner Link als Vorsitzender der DGFK im Gespräch mit Bundespräsident Scheel am 14.12.1977, Vermerk vom 16.12.1977. In: ADL, Bestand Scheel, N82-563; vgl. Koppe: Geschichte (wie Anm. 5), S. 43-47; Hauswedell: Friedenswissenschaften (wie Anm. 5), S. 57-61.
- 126 Vgl. Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 324-348; vgl. Ariane Leendertz: Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975-1985. Göttingen 2010, S. 14-49.

den Ostverträgen und der KSZE-Schlusskonferenz von Helsinki 1975 erfolgreich abgeschlossen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Eintrübung und einer neuen Sockelarbeitslosigkeit rückte das Ökonomische ins Zentrum. Der Sozialliberalismus hatte seinen Höhepunkt überschritten, die Partei suchte sich nun in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu profilieren und propagierte eine Abkehr vom Keynesianismus und eine verstärkte Angebotsorientierung. Die Entspannungspolitik wurde damit nicht gegenstandslos: Die neue Verschärfung des weltpolitischen Klimas im „Zweiten Kalten Krieg“, die spätestens mit dem NATO-Doppelbeschluss und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 einsetzte, machte den Frieden wieder zum überwölbenden innenpolitischen Thema.<sup>127</sup> Doch wurde nicht mehr in erster Linie die FDP als die Friedenspartei wahrgenommen, sondern es waren nun die Grünen, die die Gewaltfreiheit zu einem der vier Pfeiler ihres Programms machten und in der öffentlichen Wahrnehmung zu „der“ Friedenspartei avancierten.<sup>128</sup> Dabei speisten sich die Grünen maßgeblich aus der Friedensbewegung, die Anfang der 1980er Jahre in der Debatte um die Nachrüstung eine nie zuvor erreichte öffentliche Präsenz erreichte. Der Streit um die kritische Friedensforschung – die viele personelle Schnittmengen mit der Friedensbewegung aufwies – Anfang der 1980er Jahre ist nur vor diesem Hintergrund der Nachrüstungsdebatte zu verstehen.<sup>129</sup>

Hingegen rang die FDP um ihre Positionierung zur Nachrüstungsdebatte, und dies wurde zur Auseinandersetzung über das eigene Friedens- und Demokratieverständnis.<sup>130</sup> Die FDP hatte sich schon in der sozialliberalen Koalition zum NATO-Doppelbeschluss bekannt. Der Vorsitzende und Außenminister Hans-Dietrich Genscher kommunizierte auch nach dem Regierungswechsel von 1982 die Überzeugung, den Stationierungsbeschluss umzusetzen und zugleich den Dialog mit den Warschauer Pakt-Staaten – etwa im Rahmen der KSZE – fortzusetzen. Dies entsprach einem Verständnis von Frieden, das auf Kommunikation und Dialog in den internationalen Beziehungen setzte, aber letztlich vor allem in der Stationierung – und damit im System der Abschreckung – die „richtige Entscheidung zur Friedenssiche-

127 Philipp Gassert u.a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011; zur Wirtschaftspolitik Tim Schanetzky: Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982. Berlin 2007, S. 211-229.

128 Zur Konkurrenz der Grünen Peter Menke-Glückert: F.D.P. alternativ? In: liberal 24 (1982), S. 321–324; Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München 2011.

129 Vgl. Bonacker: Forschung (wie Anm. 4).

130 Vgl. Agnes Bresselau von Bressendorf: Entspannung, Sicherheit, Frieden. Innerparteilicher Willensbildungsprozess und liberales Selbstverständnis der FDP im Zweiten Kalten Krieg. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29 (2017), S. 23-40.

rung“ ausmachte.<sup>131</sup> Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick, der die Meriten der FDP in der Entspannungspolitik seit den 1960er Jahren hervorhob, stellte nicht mehr den Frieden, sondern Entspannung und vor allem Sicherheit – die eigene Sicherheit und die des anderen – in den Fokus.<sup>132</sup> Hingegen ging es Protagonisten des linksliberalen Flügels darum, den Friedensbegriff in seiner Breite zu propagieren. Menke-Glückert rechtfertigte einerseits die Abschreckung, die „eine für europäische historische Verhältnisse sehr lange Friedensperiode“ gebracht habe. Andererseits unterdrückte die „Abschreckungsgesellschaft“ nur Konflikte und schaffe einen „negative[n] Frieden“. Deshalb sei eine neue Entspannungsinitiative notwendig.<sup>133</sup> Auch Günter Verheugen machte im Band „Das liberale Gewissen“, den Sozialliberale im Herbst 1982 in Abgrenzung von der Parteispitze publizierten, „noch deutsche Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen Friedenspolitik“ aus. Diese lägen in der KSZE, in umfassenden Abrüstungsgesprächen zwischen West und Ost und der kritischen Überprüfung der NATO-Strategie. Auch er appellierte in der Abgrenzung vom Doppelbeschluss im liberalen Sinne an die Vernunft: „Erst aufzurüsten, um abrüsten zu können – das ist eine Politik, die eine nicht gelinde Zumutung an den menschlichen Verstand darstellt.“<sup>134</sup>

Die Auseinandersetzung, wie sich die FDP zur Nachrüstung positionierte, wurzelte auch in ihrer ambivalenten Haltung zur Friedensbewegung – und dies rührte an ihrem liberalen Selbstverständnis. Linksliberale wollten prüfen, wie Teile der Friedensbewegung integriert werden könnten, und warnten davor, die heterogene Friedensbewegung als rein kommunistisch unterwandert zu dämonisieren. Die Demonstrationen für den Frieden seien auch eine Chance.<sup>135</sup> Damit reklamierten sie das bürgerliche und zivilgesellschaftliche Erbe des Liberalismus für sich. Die FDP sei nun einmal, so Menke-Glückert, keine „gutgeölte Funktionärstruppe“, sondern „Wächter für Bürgerrechte, [...] für Meinungsfreiheit und Toleranz“.<sup>136</sup> In ihrer Wahlaus sage für die Bundestagswahl, die im Januar 1983 getroffen wurde, erklärte die FDP denn auch: „Weil Liberale jedes ernsthafte Engagement für den Frieden unterstützen“.

131 Genscher in der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom 20.11.1983, zit.nach ebd., S. 32.

132 Wolfgang Mischnick: Liberale Ostpolitik im Zeichen von Kontinuität und Innovation, 16.11.1984. In: ADL, Bestand Mischnick, A41-614.

133 Menke-Glückert: Verfassungsauftrag (wie Anm. 116), S. 816 f.

134 Günter Verheugen: Kontinuität allein genügt nicht. Gedanken zur Außen- und Sicherheitspolitik. In: Helga Schuchardt/ders. (Hrsg.): Das liberale Gewissen, Reinbek 1982, S. 118- 134, hier S. 128 f.; vgl. Olaf Feldmann: Frieden schaffen, Frieden sichern. Von der Nachrüstung zur Abrüstungshilfe. Mit einem Vorwort von Hans-Dietrich Genscher. Baden-Baden 1993 (trotz des Vorworts mit einer Kritik an der Parteispitze).

135 Vgl. Verheugen: Kontinuität (wie Anm. 134), S. 126-129; Feldmann: „Ja“ zur Friedensdemonstration, 1.10.1981, in: Ders.: Frieden (wie Anm. 134), S. 21; Menke-Glückert: Verfassungsauftrag (wie Anm. 116), S. 822.

136 Menke-Glückert: F.D.P. alternativ (wie Anm. 128), S. 322.

zen, treten wir [...] für die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung ein“, auch wenn es unterschiedliche Ziele und Bewertungen gebe.<sup>137</sup> Doch intern distanzierte sich die Fraktion von der Bewegung und ihren Initiativen „psychologischen Terrors“, die man gar mit dem Vorgehen der Nationalsozialisten gleichsetzte. Man müsse dem Bürger die eigene sachlich richtige Politik nur hinreichend erklären.<sup>138</sup>

Die FDP hatte sich – entsprechend der liberalen Tradition – immer einem repräsentativen Demokratieverständnis verschrieben; insofern war es nicht verwunderlich, dass sie keine enge Verbindung zur Friedensbewegung herstellte. Doch hatte sich ihr Reformflügel Mitte der 1960er Jahre – freilich in der Opposition – offen für neue Ansätze des Nachdenkens über den Frieden und die Diskussion mit der Studentenbewegung gezeigt und damit auch das eigene Selbstverständnis als bürgerliche Partei geschärft. 1982/83 hingegen präsentierte sich die Partei mehrheitlich als „staatstragende Regierungspartei“,<sup>139</sup> die den NATO-Doppelbeschluss als richtigen Weg zum Frieden kommunizierte und damit zu zivilgesellschaftlichen Initiativen und neuen Praktiken der Friedensarbeit von unten keinen Zugang fand. Dabei leitete sie offenkundig auch ein traditioneller Antikommunismus, der die kommunistische Prägung und Infiltration der Friedensbewegung durch die DDR-Staatsicherheit überschätzte.<sup>140</sup> Auch weil die Friedensbewegung in Teilen mit der Friedensforschung vernetzt war, ließ das Engagement der Partei für die Sache der Friedensforschung nach.

## V.

Damit freilich, so lässt sich argumentieren, vergab die FDP eine Chance. Peter Menke-Glückert als liberaler Advokat einer Friedensplanung und die Friedrich-Naumann-Stiftung hatten in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Institutionalisierung der bundesdeutschen Friedensforschung vorangetrieben; umgekehrt hatten friedenswissenschaftliche Debatten dazu beigetragen, in der Partei einen neuen, geweiteten Friedensbegriff zu etablieren, der den eigenen Kurs der Entspannung prägte und einen liberalen Pfeiler der neuen Ostpolitik bildete. Dieser Friedensbegriff integrierte außenpolitische Strategien des Gewaltverzichts, der Abrüstung und des Dialogs sowie – im klassisch liberalen Sinne – eine Ausweitung des blockübergreifenden Han-

137 Wahlaus sage (wie Anm. 117), hier S. 200.

138 Zit. nach Bressendorf: Entspannung (wie Anm. 130), S. 37.

139 Ebd., S. 37.

140 Vgl. Helge Heidemeyer: NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR. In: Gassert u.a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 127), S. 247–268.

dels, um schrittweise mehr Freiheiten für die Menschen in den sozialistischen Staaten zu erreichen und durch deutsch-deutsche Kontakte eine langfristige Wiedervereinigungsoption zu erhalten. Darüber hinaus sollten Überlegungen zur Verklammerung außenpolitischen und innergesellschaftlichen Friedens liberale Vorstellungen einer offenen Gesellschaft nach innen stützen.<sup>141</sup> Auf diese Weise stärkte die FDP ihren Anspruch, sich als Partei des Friedens zu präsentieren. Hingegen kehrte die Partei in den frühen 1980er Jahren zu einer engeren Deutung des Friedens zurück, die sich vermehrt an der Abschreckungslogik orientierte. Damit verlor sie den Anspruch, die Sache des Friedens zu repräsentieren, vermehrte an die Grünen. In dieser Hinsicht hatte sich der Sozialliberalismus eben nicht zu Tode gesiegt.<sup>142</sup>

- 141 Zu neuen liberalen Ansätzen in der Friedensforschung der 1990er Jahre, die Frieden durch Demokratie, durch wirtschaftlichen Austausch und durch internationale Institutionen betonten, Andreas Hasenclever: Liberalismus in den internationalen Beziehungen. In: Sauer/Masala: Handbuch (Anm. 4), S. 75-105.
- 142 So die These von Julia Angster: Politischer Liberalismus und gesellschaftlicher Wandel zwischen 1960 und 1990. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29 (2017), S. 89-108, hier S. 108.

